

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e.V.

Nr. 22

Berlin, den 15. November 1938

19. Jahrgang

Die neue Grenze

Nach dem Münchener Abkommen vom September d. J. sollten die Grenzen zwischen der Tschecho-Slowakei einerseits und Polen und Ungarn andererseits in einer neuerlichen Zusammenkunft der Regierungschefs der vier europäischen Großmächte festgelegt werden, falls innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten keine gütliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen erzielt werden sollte. Eine solche Viermächte-Zusammenkunft hat sich erübrigt. Ueber die Grenze zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei ist eine unmittelbare Verständigung zwischen den beteiligten Regierungen zustande gekommen. Die Grenze zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei ist, nachdem eine direkte Verständigung nicht hat erzielt werden können, auf Ersuchen der Regierungen dieser beiden Länder am 2. November d. J. durch einen verbindenden Schiedsspruch der Außenminister des Deutschen Reiches und Italiens festgelegt worden, während (was für die Verlagerung der europäischen Machtverhältnisse bezeichnend ist) die französische und die britische Regierung bei dieser Grenzrevision nicht mehr mitgewirkt haben.

Die endgültige Grenze zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei

Zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei ist durch Notenaustausch eine endgültige Festsetzung der Grenzen zustande gekommen. Polen hat dabei noch weitere 250 Quadratkilometer Landes erhalten, so daß sich sein Gesamtlandgewinn aus den Ereignissen der letzten Zeit auf 1050 Quadratkilometern beläuft. Bei den neu hinzugekommenen Gebietsteilen handelt es sich fast durchweg um wenig bewohnte, aber verkehrspolitisch wichtige Gebirgsgegenden mit einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 10 000 Menschen. Im Teschener Schlesien hat Polen, wie zu erwarten war, auf den absolut aussichtslosen Versuch verzichtet, seine ursprünglich angemeldeten Ansprüche auf den Kreis Friedel im Wege einer Volksabstimmung geltend zu machen. In diesem Kreise macht das polnische Element nur 1 bis 2 v. H. der Bevölkerung aus! Polen hat sich also mit einigen örtlichen Grenzvereinbarungen, so u. a. südlich von Oderberg und in den Beskiden begnügt. Am Jablunkapass ist die polnische Grenze ein Stück nach Süden in slowakisches Gebiet hinein vorgerückt worden, und zwar so, daß die von Sanbush in Galizien kommende Bahnstrecke bis zu ihrer Einmündung in die Oderberg—Kaschauer Bahn, in polnischen Besitz gelangt ist. Es handelt sich hier um den nördlichen Teil des Gebietes von Tschatscha. Diese Stadt selbst ist bei der Slowakei verblieben. Im Gebiet der Latta hat Polen einige für den Touristenverkehr besonders anziehende Hochtäler und Berggipfel erworben. Im Tal des Dunajec, der bisher stellenweise die Staatsgrenze gebildet hat, ist die Grenze so festgesetzt worden, daß der Fluß und die ihn begleitende Landstraße innerhalb des polnischen Hoheitsgebietes verlaufen. Ebenso ist die Grenze dort, wo sie im Tal der Popper entlangläuft, so verlegt worden, daß die von Neu-Sandez nach Muszyn und Rynnica im Jawornyngebiet führende Bahn das slowakische Staatsgebiet nicht mehr berührt. Schließlich ist auch im Süden des galizischen Kreises Lisko die Grenze so geändert worden, daß die Bahnstrecke von Lupkow nach Eisna, die bisher auf einem kurzen Abschnitt durch slowakisches Staatsgebiet geführt hat, rein polnisch geworden ist. Polen hat, wie im Teschener Schlesien, auch gegenüber der Slowakei von seinen ursprünglich erhobenen, erheblich weitergehenden Ansprüchen abgehen müssen, und zwar mit Rücksicht

darauf, daß die Berechtigung dieser Ansprüche durch Volksabstimmung hätte nachgewiesen werden müssen; ein solcher Nachweis aber wäre Polen nirgends gelungen. Immerhin hat Polen von den 2 500 Quadratkilometern, deren Abtretung es ursprünglich von der Slowakei verlangt hat, etwa ein Zehntel erhalten. Der weitaus größte Teil des abgetretenen Gebietes entfällt auf die Zips.

Der Wiener Schiedsspruch

Ungarn hat durch den Wiener Schiedsspruch¹⁾ von der Slowakei und der Karpathenukraine ein Gebiet von etwa 12 400 Quadratkilometern erhalten, das sich als ein durchgehender Streifen von wechselnder Breite von der reichs-deutschen Grenze im Westen bis zur rumänischen Grenze im Osten erstreckt und etwa ein Fünftel des bisherigen slowakisch-karpathenukrainischen Staatsgebietes ausmacht²⁾. In großen Zügen verläuft die Grenze wie folgt: Preßburg bleibt bei der Slowakei. Die von Preßburg über Galanta nach Neuhäusel gehende Bahnstrecke aber ist mit diesen Städten Ungarn zugeteilt worden. Die Grenze überquert südlich von Neutra, in Richtung auf Beatele verlaufend, das Neutental und nordwestlich von Leuzenz das Orantal. Dann folgt sie in einem durchschnittlichen Abstand von 30 Kilometern dem Zug der Likanoner Grenze, wobei sie die Städte Losoncs-Lutschenez, Groß-Steffelsdorf, Volsva-Velsawa und Rosenau Ungarn zuteilt. Nach Noeden ausholend und das deutsche Siedlungsgebiet der Zips berührend, schließt sie das wichtige, einst rein deutsche Kaschau in das ungarische Staatsgebiet ein. Oberhalb Kaschaus biegt sie nach Südosten um bis zu einem etwa 30 Kilometer nördlich des großen Eisenbahnnotenpunktes Satoralja-Ujhely gelegenen Punkt. Von dort verläuft sie in genau östlicher Richtung, überschreitet nördlich von Ungar-Uhorod die slowakisch-karpathenukrainische Grenze, läßt diese Stadt bei Ungarn, wendet sich dann wieder in südsüdlicher Richtung, geht hart nördlich an Munkacs-Makatschewo vorbei und erreicht, zuletzt nach Süden abbiegend, nördlich von Halmi die karpathenukrainisch-rumänische Grenze.

Durch die Abtrennung ihrer südlichen Randgebiete sind die Slowakei und die Karpathenukraine, bis auf verhältnismäßig geringe Reste, aus der Ebene abgedrängt worden. Sie haben den größten Teil ihrer landwirtschaftlich wertvollsten Gebiete, die für die Ernährung der Bevölkerung der zum großen Teil unfruchtlichen Gebirgsgegenden von Bedeutung sind, an Ungarn verloren. Dieses dagegen wird durch den Erwerb der ihm im Wiener Schiedsspruch zuerkannten Gebiete noch mehr als bisher ein landwirtschaftliches Ueberflußland. Seine Weizenanbaufläche vermehrt sich um etwa 20 v. H. Von wirtschaftlicher Bedeutung für das in seinen Likanoner Grenzen holzarme Ungarn sind die ausgedehnten Waldbestände der von der Slowakei und der Karpathenukraine abgetretenen Zone, durch die der Waldbestand Ungarns sich ungefähr um ein Viertel vermehrt. Wichtig für die ungarische Volkswirtschaft sind auch die Bodenschätze der Abtretungszone. So hat Ungarn die großen Eisenervor-

1) Dieser Schiedsspruch enthält folgende 7 Punkte:

1. Die von der Tschecho-Slowakei an Ungarn abzutretenden Gebiete sind in der anliegenden Karte bezeichnet.

Die Festlegung der Grenze an Ort und Stelle bleibt einem ungarisch-tschecho-slowakischen Ausschuss überlassen.

2. Die Räumung der abzutretenden Gebiete durch die Tschecho-Slowakei und ihre Befestigung durch Ungarn beginnt am 5. November 1938 und ist bis zum 10. November 1938 durchzuführen. Die einzelnen Stappen der Räumung und Befestigung sowie deren sonstige Modalitäten sind unterzüglich durch einen ungarisch-tschecho-slowakischen Ausschuss festzusetzen.

3. Die Tschecho-Slowakische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die abzutretenden Gebiete bei der Räumung in störungsfähigen Zustande belassen werden.

4. Die sich aus der Sachabklärung ergebenden Einzelfragen, insbesondere die Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen, sind von einem ungarisch-tschecho-slowakischen Ausschuss zu regeln.

5. Ebenso sind von einem ungarisch-tschecho-slowakischen Ausschuss nähere Bestimmungen zum Schutze der im Gebiet der Tschecho-Slowakei verbleibenden Personen magyarischer Volksangehörigkeit und der in den abzutretenden Gebieten magyarischer Volksangehörigkeit zu vereinbaren. Dieser Ausschuss wird insbesondere dafür Sorge tragen, daß die magyarische Volksgemeinschaft in Preßburg die gleiche Stellung wie die anderen magyarischen Volks-

6. Soweit sich aus der Abtretung der Gebiete an Ungarn Nachteile und Schwierigkeiten veranschaulichen oder betriebswirtschaftlicher Art für das der Tschecho-Slowakei verbleibende Gebiet ergeben, wird die Königlich Ungarische Regierung ihr Möglichstes tun, um solche Nachteile und Schwierigkeiten im Einvernehmen mit der Tschecho-Slowakischen Regierung zu beseitigen.

7. Falls sich bei der Durchföhrung dieses Schiedsspruches Schwierigkeiten oder Zweifel ergeben, werden die Königlich-Ungarische und die Tschecho-Slowakische Regierung sich darüber unmittelbar verständigen. Sollten sie sich dabei über eine Frage nicht einigen können, so werden sie diese Frage der Deuttschen und der Königlich Italienischen Regierung zur abschließenden Entscheidung unterbreiten.

7) Die Prager Regierung hatte Ungarn nacheinander drei Vorschläge unterbreitet. Im ersten Vorschlage hatte sie ein Gebiet von 2 840 Quadratkilometern mit 120 000 Einwohnern angeboten. Das zweite Angebot erstreckte sich auf ein Gebiet von 5 400 Quadratkilometern mit 400 000 Einwohnern. Schließlich war die Prager Regierung zur Abtretung von 11 300 Quadratkilometern mit 950 000 Einwohnern bereit. Die Reststücke waren von der Subalterner Regierung abgetrennt worden. Ungarn hatte zunächst ein Gebiet von 14 000 Quadratkilometern mit 1 350 000 Einwohnern verlangt.

kommen bei Rosenau, Jasnau usw. erhalten. Bei Rosenau und Solwa wird Magnefit und bei Vaszominszent, Aranyidka und Caucaum Antimon gefunden. Bei Aranyidka gibt es außerdem Gold- und Silbervorkommen. Bei Sächsisch-Bereg wird Kaolin gewonnen und hat man abbauwürdige Salzlager entdeckt. Mit Komorn hat Ungarn einen Donaubafen erhalten, dessen Güterumschlag sich in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt hat. Mit Kaschau, das unter seinen 70 000 Einwohnern 3 300 Deutsche zählt, ist ihm die zweitgrößte Stadt der Slowakei, das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Ostslowakei zugeteilt worden. Die Stadt besitzt mehrere Betriebe der Schwer-, Glas-, Papier- und Lebensmittelindustrie, ferner einige chemische Betriebe und Sägewerke. Auch Neuhäusel mit 22 000 Einwohnern ist ein industriereicher Ort: Textilien, Chemikalien, Leder, Maschinen, Möbel, Hanfwaren, Papper, Wachsstock uam. In Lewenz (12 500 Einwohner), Losoncs (15 000 Einwohner) und Groß-Steffelsdorf (9 000 Einwohner) gibt es Ziegeleien, Spiritusbrennereien, Senf- und Essigsfabriken, Dampfmöhlen, Sägewerke usw. Mit Ungvar (26 700 Einwohner und Munkacs (26 000 Einwohner) hat die Karpathenukraine ihre beiden größten Städte an Ungarn abtreten müssen. Das erstere ist bisher die Hauptstadt und das geistliche Zentrum des Landes, das letztere sein wirtschaftlicher Mittelpunkt gewesen.

Durch die neue Grenzziehung müssen sich für die Slowakei und namentlich für die Karpathenukraine gewisse verkehrspolitische Schwierigkeiten ergeben. Im Norden ist die für die Verbindung Mährens mit der Slowakei bedeutsame Strecke Oderberg—Zablunkapaz an Polen und im Süden die von Preßburg über Neuhäusel nach Osten führende Bahnlinie an Ungarn verloren gegangen. Nach der Festsetzung der neuen Grenzen mit dem Deutschen Reich, Polen und Ungarn sind noch drei innerstaatliche Verbindungen zwischen Mähren und der Slowakei vorhanden; die eine Strecke, die nach dem Kriege zweigleisig ausgebaut worden ist, führt von Ungarisch-Hradisch über den Barapaz nach Trentschin im Waagtal; die zweite überquert von Mährisch-Weißkirchen ausgehend in Richtung auf Wetin die Weissen Karpathen, um nach Puchov im Waagtal zu führen; die dritte, gleichfalls neu errichtete Strecke geht von Wessely an der March aus und erreicht das Waagtal bei Neustadt. In Trentschin bzw. Puchov und Neustadt treffen die drei genannten Strecken auf die das Waagtal benutzende Nord-Südbahn. Von dieser führen wiederum drei Strecken nach Osten: Von Freistadt an der Waag geht eine teilweise neu erbaute Linie nach Altsohl an der Gran; und von Sillein gehen zwei Linien aus, nämlich die alte, durch das obere Waag- und dann das Hernadtal nach Kaschau führende Bahn und eine in den letzten Jahren teils ausgebaut, teils neu errichtete Strecke, die, in weitem Bogen nach Süden ausholend, sich in Altsohl mit der von Freistadt kommenden Strecke verbindet und dann über Cervena Skala nach Margecany geht, wo sie in die erwähnte Sillein—Kaschauer Bahn einmündet. Nördlich von Kaschau, das durch die neue Grenzziehung an Ungarn gekommen ist, treffen also alle slowakischen Längsbahnen zusammen. Dort enden sie auch. Die weiter nach Osten führende Strecke geht infolge der neuen Grenzziehung durch ungarisches Gebiet. Die Karpathenukraine weist zwar mehrere Querbahnen auf, ist aber mit der Slowakei durch keine innerhalb der staatlichen Grenzen in west-östlicher Richtung verlaufende Eisenbahnstrecke verbunden!

Die Nationalitätenverhältnisse

Die Festsetzung der Grenze ist grundsätzlich nach Maßgabe der Nationalitätenverhältnisse erfolgt. Doch ist die Grenze an verschiedenen Stellen, so vor allem in den Gebieten von Losoncs, Kaschau, Munkacs usw., nicht unbeträchtlich über den Nordrand des madjarischen Mehrheitsgebietes hinaus in slowakisches und karpathenukrainisches Volkstumsgebiet vorverlegt worden. Von den Gebietsteilen, auf die Ungarn Anspruch erhoben hat, sind zwei, nämlich die Gebiete von Preßburg und Neutra, bei der Slowakei verblieben. Ungarn hat mit der neuen Grenze einen Zuwachs von fast 1,1 Millionen Menschen erhalten. Die Slowakei und die Karpathenukraine haben über ein Viertel ihres bisherigen Einwohnerstandes verloren. Ueber die nationale Zusammenfassung der Bevölkerung der an Ungarn gefallenen Zone liegen noch keine genauen Berechnungen vor. Doch läßt sich unter Zugrundelegung der tschecho-slowakischen Volkszählungsergebnisse von 1930 schon so viel feststellen, daß fast 40 v. H. dieser Bevölkerung aus Nichtmad-

jaren bestehen, nämlich aus Slowaken und Ukrainern, ferner aus Tschechen und Juden. Mit dem Raßhauer, Ungvarer und Munkafer Gebiet sind auch einige kleinere Teile der Karpathendeutschen Volksgruppe, rund 10 000 Seelen, zu Ungarn gekommen. Ungarn umfaßt in seinen neuen Grenzen rund 1,9 Millionen Nichtmadjaren, nämlich 600 000 Deutsche, 600 000 Juden, 600 000 Slowaken, 120 000 Südslawen, 50 000 Ukrainer und 20 000 Rumänen. Fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung Ungarns besteht also aus Nichtmadjaren! In der Slowakei sind (vor allem in Preßburg und in Neutra und Umgebung) mehrere madjarische Volksplitter, insgesamt etwa 70 000 Seelen geblieben. Dagegen dürfte die Karpathenukraine innerhalb ihrer neuen Grenzen kaum noch eine nennenswerte Zahl von Madjaren aufweisen. Außer diesen 70 000 Madjaren gibt es in den beiden Ländern nach der neuen Grenzziehung noch etwa 150 000 Deutsche, 70 000 Juden und 15 000 Rumänen. Diese insgesamt über 400 000 Angehörigen fremder Volksgruppen machen rund 13 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Mit Rücksicht darauf, daß es beiderseits der neuen Grenze Gruppen fremder Volkszugehörigkeit gibt, ist im Punkt 5 des Wiener Schiedspruches bestimmt worden, daß von einem ungarisch-tschecho-slowakischen Ausschuss nähere Bestimmungen zum Schutze der im Gebiet der Tschecho-Slowakei verbleibenden Personen madjarischer Volkszugehörigkeit und der in den abgetretenen Gebieten verbleibenden Personen nichtmadjarischer Volkszugehörigkeit zu vereinbaren sind.

Die Sonderstellung Preßburgs

„Insbesondere“, so heißt es dort weiter, „wird dieser Ausschuss dafür Sorge tragen, daß die madjarische Volksgruppe in Preßburg die gleiche Stellung wie die anderen dortigen Volksgruppen erhält“. Daß gerade Preßburg in diesem Zusammenhang eigens erwähnt worden ist, hat seine besonderen Gründe. Sowohl hinsichtlich seiner geographischen Lage wie in bezug auf die nationale Zusammensetzung seiner Einwohnerschaft stellt Preßburg eine Besonderheit dar. Mit etwa 130 000 Einwohnern ist es die größte Stadt der Slowakei. Es liegt in deren südwestlichem Winkel, vom deutschen Reichsgebiet nur durch die Donau und vom ungarischen Staatsgebiet nur durch den Bereich einiger Dorfgemeinden getrennt. Nach dem Verlust Komorns ist Preßburg der einzige Donauhafen des tschecho-slowakischen Staates. Seiner geographischen Lage an einer Dreistaatenecke entspricht die nationale Struktur seiner Bewohner. Jahrhunderte hindurch hat sich Preßburg, die historische Krönungsstadt der Könige von Ungarn und die heutige Hauptstadt der Slowakei, als fast rein deutsche Stadt zu erhalten vermocht. Noch im Jahre 1880 haben die Deutschen zwei Drittel der damaligen 48 000 Einwohner gestellt. Nach der Volkszählung von 1930 hat es in Preßburg 34 800 Slowaken, 32 800 Deutsche, 25 200 Tschechen und 22 400 Madjaren, darunter zahlreiche ihrem Volkstum entfremdete Deutsche, gegeben; der Rest entfällt auf die Juden. Preßburg ist also eine ausgesprochene Vielvölkerstadt. Während aber die Slowaken und Deutschen dieser Stadt mit dem geschlossenen Siedlungsgebiet ihrer Völker in unmittelbarem Zusammenhang stehen (nördlich und östlich von Preßburg gibt es eine Reihe deutschbewohnter Gemeinden: Modern, Bösing, Ragersdorf und Sankt Georgen am Fuße der Kleinen Karpathen sowie auf der Großen Schüttinsel Waltersdorf, Nischdorf und Brud), stellen die Madjaren und Tschechen der Stadt zwei von ihren geschlossenen Volkstumsgemeinden getrennte Volksgruppen dar. Der Gedanke liegt nahe, den Besonderheiten der geographischen Lage, der historischen Stellung und der nationalen Struktur dieser Stadt durch besondere Vereinbarungen Rechnung zu tragen.

Polen gegen Karpathenukraine

Die Slowaken und die Karpathenukrainer treten unter nicht besonders günstigen materiellen Voraussetzungen einen neuen Abschnitt ihrer eigenstaatlichen Entwicklung an. Das Wesentliche aber ist, daß ihnen die Chance zu einer solchen Entwicklung überhaupt gegeben worden ist. Darin, daß am Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Nischschnur bei der Neuordnung in den Sudetenländern gewesen ist, auch bei der Neugestaltung der karpathenländischen Verhältnisse festgehalten worden ist, mit anderen Worten, darin, daß eine gemeinsame Grenze zwischen Ungarn und Polen nicht zustande gekommen ist, liegt die grundlegende Bedeutung des Wiener Schiedspruches für die künftige Entwicklung im östlichen Mitteleuropa. Alle Nachbarn des tschechisch-slowakisch-karpathenukrainischen Staates haben sich bei der Revision der Grenzen an den Grundsatz des

Selbstbestimmungsrecht gehalten. Nur einer nicht: Polen. Dieses weigert sich, die Lösung der karpathenukrainischen Frage, die durch den Wiener Schiedspruch erfolgt ist, anzuerkennen.

Polen ist in der karpathenukrainischen Frage nach wie vor äußerst aktiv. Es verteidigt den Standpunkt, daß die durch den Schiedspruch festgesetzte Grenze zwischen Ungarn und der Karpathenukraine „nur ein Provisorium“ sei, welches noch einer „endgültigen Lösung“ bedürfe. Es versucht den Umstand, daß die in Wien gegogene Grenze von den Mächten noch nicht garantiert worden ist, dahin auszulegen, daß Ungarn das Recht habe, über die ihm im Schiedspruch zuerkannten Gebiete hinaus in bezug auf die Karpathenukraine weitergehende Forderungen zu stellen. Demgegenüber ist zu betonen, daß in dem Protokoll zum Schiedspruch dessen für beide Parteien verbindlicher Charakter und damit auch die Endgültigkeit der im Schiedspruch gezogenen Grenze eindeutig festgestellt worden sind³⁾. Wer es unternimmt, gegen diese klare Entscheidung zu handeln, treibt ein gefährliches Spiel. Ungarn hat durch den Schiedspruch alles erhalten, was nach Maßgabe der Nationalitätenverhältnisse zu ihm gehört. Es wäre sicherlich unklug gehandelt, wenn es sich von Polen dazu verleiten ließe, noch weitergehende Ansprüche auf karpathenukrainisches Gebiet zu erheben, da es sich durch ein solches Verhalten der Gefahr einer Gemeinschaftsaktion derjenigen Staaten aussetzen würde, die Grund haben, in jedem über das volkspolitisch zulässige Maß hinausgehenden Grenzrevisionsversuch Ungarns eine mittelbare oder unmittelbare Bedrohung ihrer staatlichen Unverletzlichkeit zu erblicken. Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Obersten Vork, Rumänien für die polnischen Absichten zu gewinnen, und die Unterstützung, die Südslawien bei dieser Gelegenheit Rumänien hat zuteil werden lassen, sind für Ungarn ein schwer mißzuverstehender Hinweis darauf gewesen, daß die Kleine Entente dann, wenn die Frage der historischen Grenzen Ungarns angerührt wird, immer noch funktioniert.

Polen versucht seine Forderungen nach einer Vereinigung der Karpathenukraine mit Ungarn durch wirtschaftliche, völkische und allgemeinpolitische Argumente zu unterbauen. So wird u. a. geltend gemacht, daß das Volksbewußtsein der Bewohner der Karpathenukraine eine weitgehend ungelöste Angelegenheit sei. Es ist durchaus nicht ersichtlich, inwiefern die teilweise noch geringe Reife des Volksbewußtseins ein Argument für die Auslieferung der Karpathenukraine an Ungarn sein soll. Denn eines ist absolut klar: Die Bewohner dieses Landes sind keine Madjaren! Vor allem aber wird von polnischer Seite behauptet, daß das karpathenukrainische Land nur im Falle seiner endgültigen Lösung von der Tschecho-Slowakei und seiner Vereinigung mit Ungarn aufhören würde, die Rolle eines Vorfeldes der bolschewistischen Politik in Mitteleuropa zu spielen. Eine solche Behauptung läßt ganz außer Betracht, daß die Karpathenukraine eine derartige Rolle lediglich im Rahmen jener bolschewistenfreundlichen Politik zu spielen vermocht hat, auf die das System des Dr. Benesch seine Herrschaft über die fremdvölkischen Gebiete der Tschecho-Slowakei zu stützen versuchte. Nach den Ereignissen der letzten Zeit, die eine nachhaltige Wirkung auf die Orientierung der Prager Politik ausgeübt haben, kann man die von polnischer Seite vorgebrachte Befürchtung bezüglich der Karpathenukraine als unbegründet bezeichnen, zumal dieses Land im Rahmen der bolschewistenfreundlichen Politik des Dr. Benesch nur eine passive Rolle gespielt hat.

In Wirklichkeit ist es ja wohl auch so, daß Polen mit seinen Bemühungen um eine Liquidierung der Karpathenukraine nicht die Bolschewisten, sondern die Ukrainer zu treffen gedenkt. Die Gründe liegen klar auf der Hand: Polen ist nach der Vereinigung der tschecho-slowakischen Grenzen derjenige Staat in Europa, der den weitaus größten Hundertsatz fremdvölkischer Bewohner aufweist. Irgendwie scheint Polen nun zu befürchten, daß der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der sich soeben in bezug auf die Tschecho-Slowakei als erfolgreiche Gestaltungskraft der europäischen Politik bewährt hat, auch einmal auf Polen angewandt

³⁾ Der betreffende Passus des Protokolls zum Schiedspruch lautet wie folgt: „Dieser Schiedspruch stellt die in der Rille I erwähnten Punkte in dem königlich ungarischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten und dem tschecho-slowakischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten ausgehandelt worden. Diese haben übereinstimmend davon Kenntnis genommen und namens ihrer Regierungen nochmals die von ihnen am 20. Oktober 1920 abgegebene Erklärung bekräftigt, daß sie den Schiedspruch als endgültige Regelung anerkennen und daß sie sich verpflichten, ihn vorbehaltlos und unversüßelt durchzuführen.“

werden könnte, und zwar gerade dort, wo in unmittelbarer Nachbarschaft zur Karpathenukraine in geschlossener Siedlung 6 bis 7 Millionen polnische Staatsbürger ukrainischer Volkzugehörigkeit sitzen. Eine solche Nachbarschaft kann allerdings nur dann berechtigten Anlaß zu Befürchtungen geben, wenn Polen den innerhalb seiner staatlichen Grenzen lebenden Ukrainern diejenigen wirtschaftlichen, kulturellen und völkischen Entwicklungsmöglichkeiten versagt, die sie als Glieder eines 40-Millionen-Volkes zu stellen berechtigt sind.

Umschwung im Memelgebiet

Mit der Aufhebung des Kriegszustandes, die am 1. November d. J. erfolgte, hat eine neue Etappe in der Geschichte des Memellandes begonnen. Zwölf Jahre lang hat das Memelland unter der schweren Faust des Kriegskommandanten gelitten. . . . Zwölf Jahre Kriegszustand! Wie leicht spricht sich das aus! Aber was hat das bedeutet! Was war nicht alles verboten! Stunden um Stunden könnte man reden, um die Not und das Elend zu schildern, um die Tausende von Rechtsbrüchen aufzuzählen, die sich unsere arme Heimat gefallen lassen müssen. Vernehmungen, Verhaftungen und Mißhandlungen sind an der Tagesordnung gewesen. Selbst vor Frauen und Kindern hat man nicht Halt gemacht. Immer neue Methoden hat man erdacht, uns zu unterdrücken, zu zermürben und einzuschüchtern. . . . Aber mit beispielloser Treue, Zähigkeit und Opferbereitschaft hat das memeldeutsche Volk auch diese Zeit durchgestanden. Niemals hat es die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum verleugnet. Niemals hat es den Kampf um sein Recht aufgegeben. Niemals ist sein Glaube an den endlichen Sieg des Rechtes und der Wahrheit zu erschüttern gewesen. . . ."

In spontanen Massenentgehnungen hat die Bevölkerung in den Städten und Dörfern des Memellandes die Befreiung von dem furchtbaren Druck, dem sie zwölf Jahre lang ausgesetzt war, gefeiert. Fast über Nacht hat sich das politische Gesicht des Landes geändert. Der Kriegskommandant ist verschwunden. Die Pressezensur ist gefallen. Die Großlitauer, die sich unter dem Schutze des Kriegskommandanten Jahre hindurch als die Herren im Lande aufgespielt haben, sind recht kleinlaut geworden. An den öffentlichen Gebäuden, den Bahnhöfen usw., werden die bisher ausschließlich mit litauischen Aufschriften versehenen Schilder, wie es das Statut verlangt, durch doppelsprachige Schilder ersetzt. Ebenso ist die deutsche Sprache im Dienstgebrauch der Behörden wieder in ihre statutgemäßen Rechte eingesetzt worden. Die Memeler Stadterordnetenversammlung hat die Wiederaufrichtung der im Jahre 1923 von litauischen Banditen zerstörten deutschen Denkmäler beschlossen. Im Memeldeutschen Kulturverband ist unter Leitung von Dr. Neumann eine Einheitsorganisation des Memeldeutschtums entstanden, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die überlieferte Kultur des Memellandes zu pflegen. Zu dieser Organisation haben innerhalb dreier Wochen über 45 000 Memelländer ihren Beitritt erklärt. Die Visa-gebühren, deren Höhe bisher die Pflege der persönlichen Beziehungen zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Memel behindert hat, sind von 150 auf 25 Lit herabgesetzt worden. Von den Häusern flattern die grün-weiß-roten Banner der memelländischen Autonomie. Die Straßen hallen wieder vom Rhythmus marschierender Kolonnen. Und der Ruf, der in Oesterreich und im Sudetenland Geschichte gemacht hat, setzt sich im Memelland fort: Ein Reich, ein Volk, ein Führer!

Die litauische Regierung ist noch vor kurzem entschlossen gewesen, den Kriegszustand unter anderem Namen weiter bestehen und die gesetzgebende Tätigkeit des Memellandtags durch die Vetopolitik des Gouverneurs weiter sabotieren zu lassen. Sie hat noch vor kurzem geglaubt, die Memeldeutschen mit kleinen Leitzugständnissen hinhalten und später unter günstigeren Bedingungen die alte Unterdrückungspolitik fortsetzen zu können. Es ist also nicht ihr Verdienst, wenn in die Bevölkerung des Memellandes wieder freudige Hoffnung und gläubiges Vertrauen eingekehrt sind: „Wir haben uns nicht versammelt, um denen zu danken, die uns endlich und noch mit unwilliger Hand unser Recht zurückgegeben haben. Wir gedenken in dieser Stunde des deutschen Volkes und seines Führers.“ Da der Umschwung der Verhältnisse im Memelland nicht durch einen großzügigen und versöhnenden Entschluß der litauischen Regierung herbei-

geführt, sondern durch die Gesamtentwicklung der europäischen Politik bewirkt worden ist, kann man es der Bevölkerung des Memellandes auch nicht verdenken, wenn sie keine Veranlassung sieht, sich dieser Regierung zu Dank verpflichtet zu fühlen, vielmehr auf jenem wachen Mißtrauen beharrt, das durch die Erfahrung 16 schwerer Jahre hinreichend begründet erscheint.

Die Aufhebung des Kriegszustandes ist nicht mehr als ein Anfang auf dem Wege zur Herstellung geordneter Verhältnisse im Memelgebiet. Die im Memelstatut garantierte Autonomie muß ohne Vorbehalt und Verzögerung durchgeführt werden. Das bedeutet u. a., daß die litauische Staatspolizei ein für alle Mal aus dem Memelgebiete entfernt werden muß, daß die schweren Schäden, die dem Memelgebiet und seiner Bevölkerung durch die forcierte Massenzuwanderung großlitauischer Elemente zugefügt worden sind, wieder gut gemacht und sämtliche vom Memellandtag beschlossenen Gesetze, gegen die der Gouverneur unter Mißbrauch der ihm zustehenden Rechte sein Veto eingelegt hat, in Kraft gesetzt werden.^{*)} Das bedeutet, daß der Wille der alteingesessenen Bevölkerung des Memelgebietes als die alleinige Richtschnur jeder das Gebiet betreffenden Politik anerkannt werden muß. Die litauische Regierung muß sich im Klaren darüber sein, daß es dieses Mal ein Ausweichen vor einer klaren und eindeutigen Entscheidung in der Memelfrage für sie nicht mehr gibt. Sie wird auch gut daran tun, zu bedenken, daß es dieses Mal keinen Staat in Europa mehr gibt, dem es nützlich erscheinen kann, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des bisher im Memelgebiet herrschenden Zustandes auf sich zu nehmen. Das Deutsche Reich ist nicht gewillt, das Fortdauern eines Zustandes in diesem Gebiete zu dulden, der mehrfach als ein Störungsfaktor der europäischen Politik erkannt worden ist. Das Deutsche Reich gibt der litauischen Regierung die Chance, den unhaltbar gewordenen Zustand im Einvernehmen mit der berufenen Vertretung des Memelgebietes zu liquidieren. Es ist aber klar, daß dann, wenn es zwischen Memel und Kauen zu keiner Einigung kommt, eine Situation eintreten muß, die das Deutsche Reich zwingt, gemäß dem offen bekundeten Willen der Bevölkerung des Memelgebietes von sich aus die notwendigen Vereinbarungen mit der litauischen Regierung zu treffen.

Der allgemeinen Stimmung im Memelgebiet hat der Abg. Bingau in der Sitzung des Memellandtags am 26. Oktober d. J. u. a. in folgenden Worten Ausdruck verliehen: „Wir Memeldeutschen sind ein Glied des größten Volkes unter allen Völkern Europas. Wir haben in Zeiten, als das Reich schwach und willenlos war, uns stolz als Mitglieder des deutschen Volkes empfunden und bekannt. Wir haben unsere Verbundenheit und unsere Verbundenheit mit der deutschen Kultur bekannt und gepflegt, und wir haben viel Schweres deshalb tragen müssen. Wir haben durch 15 Jahre gehen müssen, in denen man uns behandelt hat, wie man ein militärisch besetztes Gebiet behandelt. Diese Zeiten haben wir durchstanden. Kann irgendein Mensch in Litauen im Ernst glauben, man könne uns heute dazu bringen, unsere Haltung zu ändern, heute, wo unser Volkstum die weltgeschichtlich hohe Zeit seiner Einigung in Ehre und Stärke, in Frieden und Arbeit erlebt? . . . Ist es ein Wunder, daß wir heute mit klareren Augen in die Zukunft sehen? Unser Glaube an die Unüberwindbarkeit unserer natürlichsten Rechte ist stärker als je. Recht muß Recht bleiben, auch wenn es sich um Deutsche handelt.“

^{*)} Es handelt sich dabei um folgende 18 Gesetze: Gesetz betr. Zwangsversteigerung von Grundstücken; 2. Gesetz betr. selbständige Ausübung eines Gewerbes als schwebendes Gewerbe im Memelgebiet; 3. Gesetz zur Befähigung der Arbeitslosigkeit; 4. Gesetz betr. baltische Erbschaften im Memelgebiet; 5. Gesetz zum Schutze der Schulden nichterschwerter Leistungen; 6. Gesetz betr. Änderung des Landesgesetzbuchs; 7. Gesetz betr. Anschließung von ausführenden Mitglieder des Direktoriums; 8. Gesetz betr. Bestätigung des Aufwertungsgesetzes; 9. Gesetz zum Schutze der Genossen von Genossenschaften, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist; 10. Gesetz betr. Änderung des Gesetzes über die Gewerks- und Wirtschaftsvereinigungen; 11. Gesetz betr. Änderung des Zwangsversteigerungsgesetzes; 12. Gesetz betr. Abbau der Wohnungsverhältnisse in der Stadtgemeinde Memel; 13. Gesetz betr. Verhängung des Grundbuchs des Anloß der im Jahre 1908 vorgenommenen Kapitalisierung der Schwenteite; 14. Gesetz betr. Änderung des Personenstandsgesetzes; 15. Gesetz betr. Grundbuchsanleihe; 16. Gesetz betr. Änderung der Gewerbeordnung; 17. Gesetz betr. Einführung von Arbeitsbüchern; und 18. Gesetz betr. Niederlegung von Einvernehmens.

Das Ergebnis der Sejmwahlen

Am 6. November fanden in Polen die Sejmwahlen statt. Der Tag ist ruhig verlaufen. Nur in der Stadt Posen hat es eine nationaldemokratische Kundgebung gegen die Wahlen gegeben. Die Wahlbeteiligung ist erheblich höher als im Jahre 1935 gewesen. Sie hat in den einzelnen Wojewodschaften betragen (Wahlbeteiligung 1935):

Warschau Stadt 58,86 (29,4)	Wilna 70,69 (41,7)	Lemberg 64,59 (42,9)
Warschau 66,24 (37,3)	Nowogrodek 68,56 (63,8)	Straßau 47,18 (42,9)
Lodz 60,90 (36,7)	Poleßen 72,85 (67,9)	Schlesien 83,26 (75,7)
Kielce 67,24 (36,6)	Wolhynien 74,70 (64,9)	Polen 63,78 (37,4)
Lublin 71,64 (39,9)	Larnopol 82,17 (57,0)	Bommereßen 64,93 (46,4)
Bialystok 76,72 (57,2)	Stanislaw 66,24 (41,6)	Polen 67,36 (45,9)

In mehreren Wojewodschaften, nämlich in Warschau, Lodz, Kielce und Lublin ist die Wahlbeteiligung dieses Mal fast doppelt so hoch wie im Jahre 1935 gewesen. Auffällig hoch ist sie gerade in den Wojewodschaften gewesen, in denen sich das polnische Bevölkerungselement gegenüber den fremden Volksgruppen in der Minderheit befindet. In Polesien gibt es nach Ausweis der Volkszählung von 1931 nur 14,5 v. H. Polen, die Wahlbeteiligung aber hat dort 72,85 v. H. betragen; in Wolhynien steht einem polnischen Bevölkerungsanteil von 16,5 v. H. eine Wahlbeteiligung von 74,70 v. H. gegenüber. Die Wojewodschaft Stanislaw hat bei einem polnischen Anteil von 22,5 v. H. eine Wahlbeteiligung von 66,24 v. H. verzeichnet. Erheblich höher als der polnische Bevölkerungsanteil (der in Klammern beigefügt ist) ist die Wahlbeteiligung auch in den Wojewodschaften Bialystok (72,0 v. H.), Wilna (69,9 v. H.), Nowogrodek (62,6 v. H.), Lemberg (57,9 v. H.) und Larnopol (49,5 v. H.) gewesen. Diese Beobachtung ist sehr interessant. Sie zeigt, daß die Wahlbeteiligung von 67,36 v. H. zu einem sehr beträchtlichen Teil auf das Konto der nichtpolnischen Bevölkerung geht, also eines Bevölkerungsteiles, der mit seiner Beteiligung an der Wahl durchaus nicht die Absicht gehabt hat, dem herrschenden System sein Vertrauen auszusprechen.

Die Wahlbeteiligung ist zum großen Teil nicht freiwillig gewesen. Das gilt in besonderem Maße für die Wojewodschaft Schlesien, die mit einer Wahlbeteiligung von 83,26 v. H. unter allen Wojewodschaften an der Spitze steht. Gerade dort, im Amtsbereich Grazynskis, sind sich die Wahlberechtigten von vornherein darüber im Klaren gewesen, daß ein Nichterscheinen an der Wahlurne für sie mancherlei wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben wird. Es ist sehr bezeichnend, daß die amtlichen Veröffentlichungen über die Wahlergebnisse keine zusammenfassenden Angaben über die Zahlen der ungültigen Stimmen enthalten. Stichproben ergeben, daß die ungültigen Stimmen einen ungewöhnlich hohen Hundertsatz der abgegebenen Stimmen ausmachen. Im Wahlbezirk Posen, wo 46 400 Wahlberechtigige gewählt haben, sind statt 92 800 nur 55 000 gültige Stimmen abgegeben worden (jeder Wähler hat 2 Stimmen); der Anteil der ungültigen bzw. nicht ausgenutzten Stimmen hat in diesem Wahlkreis also 40 v. H. betragen. Im Wahlbezirk Hohensalza sind von 86 000 Wahlberechtigten nicht 172 000, sondern nur 102 000 gültige Stimmen abgegeben worden; auch hier hat der Anteil der ungültigen bzw. ungenutzten Stimmen also 40 v. H. betragen. Im Wahlbezirk Konig hat deren Anteil sich auf 27 v. H. belaufen, im Wahlbezirk Rattowitz-Königshütte 30 v. H., im Wahlbezirk Rattowitz-Land gleichfalls 30 v. H. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Sie zeigen, daß ein ganz ungewöhnlich hoher Teil der Wahlberechtigten, nämlich im Durchschnitt etwa 30 v. H., nur deshalb nicht der Wahlurne ferngeblieben ist, weil er Grund gehabt hat, durch sein Fernbleiben diese oder jene Vergeltungsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden heraufzubeschwören.

Es kommt noch folgendes hinzu: Unter den zu den Sejmwahlen aufgestellten Kandidaten haben sich in beschränkter Zahl auch solche befunden, die nicht zum „Lager der nationalen Einigung“ gehören oder gar in Opposition zum Regierungssystem stehen. Es ist nun auffällig, daß fast durchweg gerade diese Kandidaten dort, wo

sie in Erscheinung getreten ist, besonders viele Stimmen auf sich zu ver-
einen vermocht haben. In Bromberg z. B. hat der zur Gruppe „Dziko Pracy“
gehörende Abgeordnete Dudzyski die relativ meisten Stimmen erzielt. In Wilna
steht der General Zeligowski unter den Gewählten an erster Stelle; er hat den Chef
des „Lagers der nationalen Einigung“, General Stwarczynski, um einige tausend Stimmen
geschlagen. In Krakau hat der den Konservativen nahestehende Professor Starzewski
die meisten Stimmen erhalten. In Hohensalza hat der Arzt Skonieczny, dessen
Wahlersammlungen von Regierungsanhängern gesprengt worden waren, die meisten
Stimmen erhalten. U. s. f. In einer ganzen Reihe von Wahlbezirken,
in denen ausschließlich Kandidaten des „Lagers der nationalen Einigung“ aufgestellt
waren, sind die an erster Stelle stehenden Kandidaten durchge-
fallen, da es die Wähler vorgezogen haben, denjenigen ihre Stimme zu geben, die am
Standpunkt des Lagers als weniger zuverlässig gelten, in den Wahlbezirksversammlungen
also mit den wenigsten Stimmen auf die Kandidatenliste gelangt sind. Auf diese Weise sind in
nicht weniger als 19 Wahlbezirken die Spitzenkandidaten des Lagers durchgefallen. In
2 Wahlbezirken (einem Warschauer und einem Lodzer Bezirk) hat das Lager überhaupt
keinen Kandidaten durchbringen können. Es ist also bei einer Bewertung der Wahl-
ergebnisse zu beachten: 1. daß ein ganz beträchtlicher Teil der Wahlbeteiligten von den
nichtpolnischen Volksgruppen gestellt worden ist, 2. daß ein ungewöhnlich hoher Prozent-
satz der Wahlbeteiligten ungültige Stimmen abgegeben hat und 3. daß dort, wo Gegner
des „Lagers der nationalen Einigung“ oder des Regierungssystems als Kandidaten auf-
gestellt worden sind, in der Regel die relativ meisten Stimmen auf diese Kandidaten
abgegeben worden sind.

Unter Berücksichtigung dieser drei beachtenswerten Tatsachen muß man zu der
Annahme gelangen, daß das Regierungssystem von den 17,8 Millionen
Stimmberechtigten, die es in Polen gibt und von denen 11,8
Millionen (= 67,36 v. H.) sich an den Wahlen beteiligt haben,
noch nicht die Hälfte hinter sich hat. Es entspricht unter diesen Umständen
zweifelloso nicht der innerpolitischen Struktur Polens, wenn das „Lager der
nationalen Einigung“ in dem neuen Sejm über 77 v. H. der Mandate
verfügt. Das Lager ist im Sejm mit 161 von 208 Abgeordneten vertreten. Weiter
gehören dem Sejm 22 polnische, nicht dem Lager zuzurechnende Abgeordnete an. Von den
nichtpolnischen Volksgruppen haben die Ukrainer 19, die Juden 6 und die Russen 1
Abgeordneten gestellt. Das „Lager der nationalen Einigung“ kann mit diesem Ergebnis
zufrieden sein. Unter den Gewählten befinden sich vier Regierungsmitglieder,
nämlich: Slawoj-Skladkowski, Kwiatkowski, Kosciakowski und
Ulrych. Zu den Gewählten gehören auch der Chef des Lagers, General Stwar-
czynski, und dessen Stabschef, Oberst Wenda, der bisherige Vizemarschall des
Sejm, Prof. Makowski, der frühere Nationaldemokrat und jetzige Redakteur der
„Gazeta Polska“, Dr. Stahl, der bekannte Warschauer Buchhändler Dr. Ge-
bethner, der frühere Staatssekretär Oberst Lechnicki, der frühere Bauernführer
und jetzige Bürgermeister von Kolomea, Anocaja, der Wilnaer Stadtpräsident
Maleszewski, u. s. f. Zu den bekannten Angehörigen des „Lagers der nationalen
Einigung“, die bei den Wahlen durchgefallen sind, gehören u. a. der zum Sejm-
marschall ausersehene jüdische Redakteur Kotelbach, der durch seine deutschfeindlichen
Sejmreden bekannt gewordene Abgeordnete und Stadtpräsident von Graudenz, Mar-
chlewski, der der Gruppe der Verbesserer angehörende Abgeordnete Dr. Wojcie-
chowski, der frühere Bauernabgeordnete Walczon, der Gewerkschaftsführer
Lomaszkiewicz, der Inspektor Matysiak, ein besonders übler Deutschenheger,
der in Bieleß durch die Stimmen der dortigen Deutschen zu Fall gebracht worden ist,
u. a. m. Unter den Gewählten, die zum „Lager der nationalen Einigung“ in Oppo-
sition stehen, befinden sich der „Befreier Wilnas“, General Zeligowski, der
frühere Bauernführer Dr. Putek, der Larnover Prälat Lubelski, der mit der
oppositionellen Bauernbewegung sympathisiert, der Mlawaeer Pfarrer Grochowski,
der in seinem Wahlbezirk fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereint hat, der Lodzer
Pfarrer Szymanowski, der in seinem Wahlbezirk alle übrigen Kandidaten weit
hinter sich gelassen hat, der Königer Geistliche Hoffmann usw. Großes Aufsehen hat
es erregt, daß der in Warschau kandidierende Oberst Slawek bei den Wahlen durch-
gefallen ist. In Wilna ist der bekannte Chefredakteur des „Slovo“, Cat-Macie-
wicz, nicht gewählt worden.

Die nichtpolnischen Volksgruppen sind im Sejm, wie erwähnt, mit insgesamt 26 Mandaten vertreten. Unter den 19 Ukrainern sind die schon bisher dem Sejm angehörenden Mudy, Peleniski, Baran, Welitanowicz und Widwicki zu nennen. Die Juden haben u. a. in Warschau den bisherigen Senator Troffenheim, in Lodz den bisherigen Abgeordneten Minchberg, in Lemberg den bisherigen Abgeordneten Sommerstein, in Krakau den Rechtsanwalt Schwarzbart durchgebracht. Die Russen haben, wie schon bisher, den Abgeordneten Pimonoow gewählt. Uebrigens befinden sich unter den auf der Liste des „Lagers der nationalen Einigung“ gewählten Abgeordneten mehrere, deren Namen auf die jüdische Volkszugehörigkeit ihrer Träger schließen lassen, so u. a. Isaak Schwarzenberg, Salomon Seidemann, Jerzy Masleid. Die Weißrussen sind im Sejm nicht vertreten. Dasselbe gilt für die Deutschen, denen es bei dem geltenden Wahlrecht nicht gelungen ist, eigene Kandidaten aufzustellen. Die Deutschen haben sich trotzdem zu über 80 v. H. an den Wahlen beteiligt; und zwar haben sie ihre Stimmen für die Regierungskandidaten abgegeben. Sie haben das in der Erwartung getan, daß sich die Regierung nach diesem neuerlichen Beweis der staatsbreiuhenden Einstellung endlich dazu entschließen werde, den berechtigten Beschwerden der deutschen Volksgruppe die ihnen gebührende Beachtung zu schenken*).

Zusammenfassend kann über das Ergebnis der Sejmwahlen festgestellt werden: Die Wahlbeteiligung ist zwar nicht unbeträchtlich höher als im Jahre 1935 gewesen. Es liegt jedoch kein Grund zu der Annahme vor, daß sich bei den Wahlen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Polens hinter das Regierungssystem gestellt hat. Das „Lager der nationalen Einigung“ ist im neuen Sejm in einer Stärke vertreten, die durch die tatsächlichen innerpolitischen Kräfteverhältnisse nicht gerechtfertigt ist, sondern auf die Besonderheiten des geltenden Wahlrechtes zurückzuführen werden muß. Der neue Sejm setzt sich zwar zu drei Vierteln aus Angehörigen des Lagers zusammen. Es ist jedoch durchaus noch nicht sicher, ob es dem Lager gelingen wird, sich im Sejm als geschlossener Block zu behaupten. Denn die inneren Spannungen, die den Bestand des Lagers bereits mehrfach gefährdet haben, sind noch nicht überwunden.

*) Die deutsche Presse in Polen hat einige Tage vor den Wahlen einen Artikel folgenden Wortlaut veröffentlicht:

„Deutsche Volksgenossen! Am Sonntag finden die Wahlen zum Sejm statt. Das Deutschtum in Polen kann dieser Frage, die für das Schicksal unserer Heimat von außerordentlicher Bedeutung ist, nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Die bestehende Mehrzählung hat uns Deutschen nur die Aufstellung eigener Kandidaten unmöglich gemacht, wir werden von unserer Wahlkraft aber trotzdem Gebrauch machen.

Die Sprecher der deutschen Volksgruppe haben unsere Regierung, insbesondere aber Herrn Ministerpräsidenten General-Elzobitowski, in einer Denkschrift eruchtet, die bestehenden Schwierigkeiten, die unser Deutschtum in der Bedauptung und Entschädigung seiner Lebensrechte in seiner Heimat behindern, im Sinne der Erfüllung unserer Regierung vom 5. November 1937 zu beseitigen. Die Regierung hat uns dankvollensbe Freifang dieser Fragen zugelegt.

Die unterzeichneten Sprecher und Vertreter der gesamten deutschen Volksgruppe in Polen fordern deshalb alle deutschen Volksgenossen auf, dem Regierungskandidaten bei der kommenden Wahl ihre Stimme zu geben.

Wir wollen damit erreichen, daß die polnischen Bürger deutscher Nationalität die Regierung bei der geplanten Neuordnung der inneren Verhältnisse unserer Staates unterstützen werden in der Erwartung, daß damit eine endgültige Neuordnung der Lebensrechte unserer deutschen Volksgruppe von der Regierung im Einvernehmen mit uns getroffen wird.“

Dem Artikel haben unterzeichnet: Erwin Hasbach, Rubell Wierner, Ernst-Günther Jenuer, Dr. Otto Ullig, Herbert Georgon, Heinrich Weib, Dr. Hans Rohner und Ludwig Wolff.

„Wenn wir Litauer, abgesehen davon, daß wir uns für die besten Patrioten halten und auch wirklich sind, für die Vermehrung der Kriegsmacht Deutschlands stimmen, so verfolgen wir speziell auch unsere materiellen Interessen. Denn kein einziger Landesteil Deutschlands hat eine solch' exponierte Lage und bedarf eine solch' starke Verteidigung wie gerade das preußische Litauen. Was würde bei einer Niederlage Deutschlands, was Gott verhüten möge, aus uns werden! Unzweifelhaft würden wir von Deutschland losgerissen werden. Wir sehnen uns nicht nach der Krute.“

Abgeordneter Smalakyš

im Reichstag anlässlich der Debatte über die Wehrvorlage 1913.

Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen

Zwischen dem Reich und Polen ist in den letzten Wochen eine Reihe von Vereinbarungen wirtschaftlicher Art getroffen worden, die einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ziele haben. Die wichtigste dieser Abreden ist das deutsch-polnische Warenkreditabkommen vom 19. Oktober 1938, über dessen Abschluß bereits kurz berichtet wurde. Durch dieses Abkommen erhält Polen die Möglichkeit, im Wege des langfristigen Kredites seine Industrieeinrichtungen gemäß der vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski aufgestellten Richtlinien des polnischen Vierjahresplanes zu modernisieren und auszubauen. Für Polen bietet das Abkommen eine Reihe von Vorteilen. Diese beruhen in erster Linie darauf, daß die private Investitionstätigkeit die im Rahmen des erwähnten Vierjahresplanes erheblich hinter dem staatlichen Investitionsbetrieb zurückgeblieben ist, einen beachtlichen Auftrieb erfahren wird. Gerade die Ankurbelung der privaten Initiative, die durch chronischen Kapitalmangel im Lande stark behindert ist, stellt ein wesentliches Moment für das Gelingen des polnischen Vierjahresplanes dar. Mit Hilfe des deutschen Warenkredites wird die polnische Privatindustrie in den Stand gesetzt, ihre vielfach veralteten und daher wenig leistungsfähigen Industrieanlagen durch modernste deutsche Einrichtungen zu ersetzen, und zwar unter Bedingungen, die ihr bisher von keinem anderen Lande gewährt worden sind. Das betrifft nicht die Zahlungsbedingungen allein, sondern auch den vereinbarten Zahlungsmodus.

Innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren kann sich die polnische Industrie jährlich für einen Betrag von 30 Millionen Floty (etwa 14,8 Millionen RM.) mit neuen Maschinen, Anlagen und Einrichtungen für Fabrikbetriebe, Apparaten und Werkzeugen versorgen. Die Bestellfristen für Lieferungen aus diesem Abkommen sind auf zweieinhalb Jahre begrenzt bei einem Kreditziel von 6 bis 9 Jahren. Das Neuartige und besonders Vorteilhafte für Polen ist aber der Zahlungsmodus. Im Gegensatz zu ähnlichen Warenkreditabkommen mit anderen Ländern, wie beispielsweise England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, braucht die polnische Wirtschaft zur Bezahlung ihrer Anschaffungen bei deutschen Maschinenbauanstalten usw. keine Devisen nach Deutschland zu transfrieren, sondern sie kann die deutschen Lieferungen im vollen Umfange mit eigenen Landesprodukten verrechnen. Die Ausfuhr dieser Produkte (vor allem Holzmaterialien und Agrarzeugnisse) nach Deutschland wird jeweils zu den halbjährlich fälligen Zahlungsterminen erfolgen. In Waren wird auch die Anzahlung von polnischer Seite geleistet, und zwar sieht das Abkommen als Anzahlung die Lieferung eines bestimmten Getreide- und Holzkontingents an Deutschland bis Ende 1938 vor. Nach polnischen Informationen werden noch im November und Dezember d. V. insgesamt 100 000 Tonnen Getreide zur Verladung gebracht. Ein Teil dieses Kontingents in einer Menge von 28 000 Tonnen befindet sich bereits auf dem Wege nach der deutschen Grenze. Der auf diese Weise rasch in Gang kommende Getreideexport bedeutet für den polnischen Vertragspartner einen nicht gering zu veranschlagenden Vorteil dadurch, daß er ihm dazu verhilft, den Inlandsmarkt von dem preisdrückenden Ueberangebot an Getreide neuer Ernte zu befreien. Die Ernte in Polen ist in diesem Jahre in den Hauptgetreidesorten besonders gut ausgefallen. Sie beträgt nach den neuesten amtlichen Schätzungen vom 15. Oktober 22 Mill. Doppelzentner Weizen, 69,2 Mill. Doppelzentner Roggen, 14,4 Mill. Doppelzentner Gerste, 25,9 Mill. Doppelzentner Hafer und 337,2 Mill. Doppelzentner Kartoffeln. Das bedeutet im Vergleich zu den Durchschnittserträgen des letzten Jahres um ein Mehr von 11,3 v. H. an Weizen, 7,6 v. H. an Roggen, 0,8 v. H. an Gerste und 1,3 v. H. an Hafer, während der Kartoffelertrag um 0,1 v. H. niedriger liegt. Hätte Deutschland nicht seine Bereitschaft erklärt, Getreide als Anzahlung anzunehmen, so hätte die günstige Getreideernte Polen zwecks Verhütung eines Zusammenbruchs der inländischen Getreidepreise zu überflüssigen Exporttransaktionen gezwungen, einmal weil die beschränkten Mittel, die die Regierung für den Ankauf der Marktüberschüsse bereitgestellt hat, nicht ausreichen um den Markt fühlbar zu entlasten, und zweitens weil die wenigen verfügbaren Speicher eine Unterbringung der anfallenden Getreidemengen einfach unmög-

lich machten. Die Getreidelieferungen nach Deutschland haben also die polnische Landwirtschaft der Nähe entzogen, sich nach anderen Absatzmöglichkeiten für diese Mengen umzusehen, die in Anbetracht des allgemein guten Ernteaussalls in den meisten europäischen Ländern keineswegs leicht gefunden worden wären, abgesehen davon, daß die Ware auch bestimmt nicht zu den von den deutschen Importeuren gezahlten Preisen hätte abgesetzt werden können.

Wenn im Vorstehenden der vielfache Nutzen aufgezeigt worden ist, den Polen aus dem Warenkreditabkommen mit Deutschland zieht, so nicht etwa, um den Eindruck entstehen zu lassen, als handle es sich hier um einseitige Begünstigungen des einen Partners auf Kosten des anderen. Die Vorteile liegen durchaus auf beiden Seiten. Es würde dem Sinn der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zuwiderlaufen, Abkommen mit fremden Ländern zu schließen, die der deutschen Wirtschaft kein voll aufgewogenes Äquivalent bieten. Man wird sich der von Sachverständigen geäußerten Auffassung anschließen können, daß zwei organisch so eng zusammenhängende Wirtschaftskörper wie Deutschland und Polen noch längst nicht die Form des Warenaustausches gefunden haben, die ihnen die natürliche geographische Lage vorschreibt, das will heißen, daß mit den bisher vorhandenen handelspolitischen Abreden die Entwicklungsmöglichkeiten des deutsch-polnischen Güterausstausches noch bei weitem nicht erschöpft sind. Die Auffassung mancher Kreise, daß Deutschland, indem es im Auslande Industrieanlagen aufbaut, sich selbst für die Zukunft neue Konkurrenten schafft, ist beim heutigen Entwicklungsstande der Weltwirtschaft nicht vertretbar. Wollte man an diesem Standpunkt festhalten, so wäre eine Belebung des internationalen Handels überhaupt unmöglich. In Wirklichkeit wird jedes Land, dessen Industriekapazität mit deutscher wirtschaftlicher Hilfe erweitert wird, von sich aus kaufkräftiger, woraus sich eine fortlaufende Vermehrung des gegenseitigen Güterausstausches ergibt. Darüber hinaus bildet sich im Laufe der Zeit eine Arbeitsteilung in der Güterproduktion und auf anderen Gebieten der Wirtschaft heraus, die es ermöglicht, den Wirtschaftsorganismus dieser Länder aufeinander abzustimmen und enger miteinander zu verbinden. Wenn dieser Wirtschaftsverkehr sich zudem wie im Falle des deutsch-polnischen Warenkreditabkommens auf der Basis der Verrechnung mit Waren vollzieht, so wird dadurch gleichzeitig das schwierige Devisenproblem provisorisch gelöst. Es mag in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß es keineswegs an Deutschland lag, wenn die vielfachen Möglichkeiten einer Verbreitung der Handelsbasis bisher nicht gehörig ausgenutzt worden sind. An günstigen Angeboten seitens der deutschen Wirtschaft hat es nicht gefehlt. Immer wieder und besonders in den letzten Jahren nach der Neuregelung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen, die dem Gewaltverzichtspakte von 1934 auf dem Fuße folgte, sind die polnischen Wirtschaftskreise darauf hingewiesen worden, daß der polnische Wareneport nach Deutschland jederzeit gesteigert werden könnte, und zwar in demselben Maße, wie Polen bereit und in der Lage ist, im Kompensationswege deutsche Erzeugnisse abzunehmen.

Jedenfalls eröffnen das vor kurzem geschlossene Warenkreditabkommen mit seiner zusätzlichen Erweiterung des Volumens des Warenaustausches und die stärkere Inanspruchnahme deutscher technischer Hilfeleistung seitens der polnischen Industrie eine neue Etappe der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen. In bezug auf die technische Mitarbeit Deutschlands kommt besondere Bedeutung einem Abkommen zu, daß vor kurzem zwischen deutschen Automobilwerken und der im staatlichen Besitz befindlichen „Kattowitzer Interessengemeinschaft“ (Vereinigte Königs- und Laurahütte) zustande gekommen ist. Das Abkommen beruht auf der Gewährung einer Konzession seitens der polnischen Regierung an die „Kattowitzer Interessengemeinschaft“, der folgende Vereinbarungen mit deutschen Automobilfabriken zugrunde liegen: In den Werken der „Kattowitzer Interessengemeinschaft“ ist die Montage verschiedenartiger deutscher Personenkraftwagentypen aufzunehmen, nämlich DKW-Meisterklasse mit Zweifaktormotor, Mercedes-Benz Typ 170 V und Typ 250, Steyr Typ 220, BMW Typ 525 und Horch (3,5 Liter-Wagen), außerdem die Montage zweier großer Lastwagentypen der Firma Henschel mit Rohöl-Dieselmotor. Gleichzeitig erhält die „Interessengemeinschaft“ die Generalvertretung für den Verkauf deutscher Kraftwagen für ganz Polen. Zu diesem Zwecke wird eine besondere Verkaufsorganisation für deutsche Kraftwagen gegründet. Die „Interessengemeinschaft“ ihrerseits hat sich der polnischen Regierung gegenüber verpflichtet, im Bereich des neuen zentralen Industriebezirks von Sandomir

innerhalb eines Zeitraumes von 2½ Jahren zwei Automobilfabriken zu errichten und sogleich mit der Vorbereitung der Produktion einiger Elemente des Personenvagens „DKW-Meisterklasse“ zu beginnen, der bis zum 1. Februar 1940 mit technischer Hilfeleistung des Konzerns „Auto-Union“ im ganzen Umfang in Polen hergestellt werden soll. Außerdem hat sich die „Interessengemeinschaft“ verpflichtet, die Produktion von Henschel-Lastkraftwagen aufzunehmen. Der leichtere Typ 95 soll bis zum 1. April 1940, der schwere Typ 125 bis zum 1. Juni 1941 in allen Teilen in Polen gebaut werden. Die Beteiligung der Danziger Automobilhilfsindustrien an der polnischen Produktion der erwähnten deutschen Wagenmarken ist sichergestellt. Soweit die wichtigsten Bestimmungen des neuen deutsch-polnischen Automobilmontage- und Produktionsprogramms.

Die Bedeutung dieser Abmachungen liegt vor allem darin, daß die polnische Regierung sich entschlossen hat, nunmehr mit Hilfe der deutschen Automobilindustrie einen entscheidenden Schritt auf dem Gebiete der stark vernachlässigten Motorisierung des Landes zu tun. Sie hat es in früheren Jahren schon mit ähnlichen Konzessionsvergaben an amerikanische, französische und italienische Automobilkonzerne versucht, aber ein grundlegender Wandel in den bestehenden Verhältnissen ist bisher ausgeblieben. In der Tat sind die Fortschritte in der Motorisierung Polens im Vergleich zu der enormen Entwicklung des Automobilwesens in anderen Staaten und insbesondere im Reich so bescheiden, daß Polen mit einem Gesamtbestand von kaum 34 126 Kraftwagen, einschließlich Kraftdroschken und Autobussen, (Stand vom 1. Juli 1938) eine Rückständigkeit dokumentiert, die es in die Gruppe der am wenigsten motorisierten Länder Europas einreicht. Wenn sich jetzt die maßgebenden Faktoren Polens zu der lange Jahre von bestimmter Seite hartnäckig bekämpften engeren Zusammenarbeit mit Deutschland auf industriellem Gebiete entschlossen haben, so haben zweifellos gewichtige Gründe für die Revision der früheren Einstellung vorgelegen. Es versteht sich von selbst, daß das Montage- und Produktionsabkommen mit deutschen Personen- und Lastkraftwagen nicht zustandegekommen wäre, wenn es nicht von der polnischen Armeeverwaltung gefördert worden wäre.

Der systematische Wiederaufbau der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen hat seit dem Jahre 1934, dem Zeitpunkt der endgültigen Liquidierung des langdauernden Zollkrieges von Jahr zu Jahr gewisse Erfolge zu verzeichnen. Sie spiegeln sich in den steigenden Umsätzen wider. Auf Grund des ersten zwischen Deutschland und Polen nach dem Gewaltverzichtspakte geschlossenen Wirtschaftsvertrages vom 4. November 1935 wuchs die deutsche Ausfuhr nach Polen von rund 124 Mill. Zloty im Jahre 1935 auf 143 Mill. Zloty im Jahre 1936 und die polnische Ausfuhr nach Deutschland von 140 Mill. auf 145 Mill. Zloty. Eine weitere Erhöhung der Umsätze brachte das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vom 20. Februar 1937. Der polnische Import aus Deutschland stieg auf 145 Mill. Zloty und der polnische Export nach Deutschland auf 173 Mill. Zloty. Der Zusatzvertrag vom 1. Juli 1938 anlässlich der Vereinigung der österreicherischen Ostmark mit dem Reich sieht eine weitere Steigerung der Umsätze im deutsch-polnischen Warenverkehr auf 200 Mill. Zloty jährlich vor. Entsprechend haben sich bereits die Umsätze nach den vorläufigen Daten für die ersten acht Monate 1938 erhöht und erreichten mit 171 Millionen Zloty fast die Höhe des Gesamtumsatzes von 1937. Mit dieser Ziffer ist Deutschland im polnischen Außenhandel wieder an die erste Stelle gerückt, die einige Jahre England innehatte. In diesen Tagen beginnen Verhandlungen einer deutschen und einer polnischen Regierungskommission über eine weitere Ergänzung der deutsch-polnischen Warenkontingente in Verbindung mit dem Anschluß der jüden-deutschen Gebiete an das Reich. Diese werden möglicherweise eine Erhöhung der Importdecke auf 300 Mill. Zloty jährlich erbringen und einschließlich der Umsätze aus dem kürzlich geschlossenen Warenkreditabkommen eine Verdoppelung des deutsch-polnischen Warenverkehrs in einer Zeitpanne von knapp fünf Jahren.

Unsere Taten von heute sind die Geschichte von morgen

Kontak Henlein

Polen und die Polen im Reich

Der nachstehende Beitrag von Dr. Kurt Lüd ist bereits an anderer Stelle erschienen.

Da das Bekenntnis zum Mutterlande und zum Nationalsozialismus der deutschen Volksgruppe in Polen von der polnischen Presse immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, harmlose Beziehungen zum Reich oft in einer für einzelne Volksgenossen geradezu tragischen Weise mißdeutet werden, ist es notwendig, auf die außerordentlich engen Bindungen des Polenbundes im Reich zur Republik Polen hinzuweisen, um damit die deutsche Einstellung zu rechtfertigen. Da jetzt in Warschau die Sitzungen eines „Bundes der Deutschen in Polen“ eingereicht worden sind, sei daran erinnert, daß es einen „Bund der Polen in Deutschland“ gibt, der vor einiger Zeit anlässlich der Feier seines 15jährigen Bestehens einen erstaunlich reichhaltigen Tätigkeitsbericht geben konnte. Einige Sätze wollen wir anführen: „Wir sind erneuert! Wir haben das Nationalgefühl gehoben. Wir haben alle Polen im Reich in einer nationalen Gemeinschaft unter dem Banner des Kodlo versammelt. Wir haben ein Werk geschaffen, das bisher keine Minderheit vollbracht hat. Wir haben das Schulwesen eingeleitet! Wir haben unsere genossenschaftlichen Wirtschafts-institute aufgebaut. Wir haben eine eigene Presse geschaffen. Wir haben das Organisationsleben gerettet und alle Organisationen weiter entwickelt.“

Am 12. Februar 1923 hat der „Dziennik Berlinski“ folgendes geschrieben: „Uns im Deutschland wohnhaften Polen gehen in erster Linie die Ziele der polnischen Staatspolitik an, von denen der deutschen nur manche, und von diesen nur solche, die der Staat uns Polen gegenüber vertritt.“ Aus Abzeichen und Manifestationen geht die innige Verbindung mit dem Mutterland hervor. Das Abzeichen ist in den Farben der polnischen Republik (Weiß-Rot) gehalten. Es versinnbildlicht den „polnisch-treuen Fluß der Weichsel mit der Kulturwiege Krakau“ bis zur Mündung in die Ostsee. Die Banner des Polenbundes sind mit demselben Abzeichen versehen. Der geistige Führer des Polenbundes ist der verstorbene Marschall Piłsudski. Insbesondere gilt dies für die Jugend des Polenbundes. Anlässlich des ersten Treffens der polnischen Jugend aus dem Ausland im Jahre 1935 wurde eine entsprechende Erklärung von dem polnischen Jugendführer aus Deutschland, Stefan Murek, abgegeben. Murek sagte als Präsident des ersten allpolnischen Jugendkongresses: „Piłsudski ist der Führer, der, obwohl er nicht mehr am Leben ist, doch in den Herzen aller Polen, ob im Lande oder in der Welt, ist. Er lebt mit seinem Willen, seinen Befehlen, die alle Polen ausführen müssen.“

Der Polenbund steht auch mit dem „Weltverband der Auslandspolen“ in engstem Kontakt. Er ist dessen wichtigste bestorganisierte Landesgliederung. Er propagiert seine Aktionen und Veranstaltungen. In den Wünschen, die das Präsidium des „Weltverbandes der Polen im Ausland“ dem Polenbund im Reich zu seinem 15jährigen Bestehen durch Dr. Stebelitz übermittelte, ist gesagt: „Wenn wir im Mutterland darauf schauen, wie die polnische Bevölkerung unter der Führung des Polenbundes arbeitet und kämpft, so stellen wir mit Stolz fest, daß in dieser Arbeit und in diesem Kampf sich eine unverbrauchte Kraft offenbart. . . Wir bestätigen, daß wir im Mutterland zusammen mit allen Polen in der Welt mit Euch nicht nur eines Blutes, sondern auch eines Geistes sind.“

Die deutsch-polnische Minderheitenvereinbarung vom 5. November 1937 hat dem Polenbund in Deutschland eine neue verheißungsvolle Zukunft eröffnet. Er ist sich dessen bewußt, wie aus den Erklärungen seiner Instanzen hervorgeht. Vor allen Dingen stellt er mit Genugtuung fest, daß durch die Audienz beim Führer und Reichkanzler Adolf Hitler die polnische Minderheit von höchster Autorität anerkannt wurde. Vielleicht kann als erste Frucht dieser Minderheitenvereinbarung die Tatsache angesehen werden, daß im März d. J. in Berlin der erste Kongreß der Polen in Deutschland durchgeführt werden konnte, welcher mit einer großen Kundgebung im „Theater des Volkes“ seinen Höhepunkt und Abschluß fand. Neben den Teilnehmern aus den einzelnen Bezirksgruppen in Deutschland waren zu dieser propagandistisch sehr sorgfältig vorbereiteten Feier nicht nur Vertreter anderer Landesgruppen der Auslandspolen, so z. B. Teilnehmer aus der Tschecho-

Slowakei, aus Oesterreich und den Vereinigten Staaten erschienen, sondern in sehr großer Zahl auch Gäste aus Polen selbst, wodurch die lebhaften und sehr vielfältigen Verbindungen der Polen in Deutschland mit den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Stellen des Mutterlandes sichtbar bekundet wurden. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten standen die Ansprachen des Geistlichen Dr. Domancki, des Vorsitzenden des Polenbundes in Deutschland, und die des Generalsekretärs des Polenbundes, Dr. Raczmarek. Am Schluß der Veranstaltung wurden die Teilnehmer auf die folgenden „Fünf Wahrheiten der Polen in Deutschland“ verpflichtet: „1. Wir sind Polen. 2. Der Glaube unserer Väter ist der Glaube unserer Kinder. 3. Der Pole ist der Bruder des Polen. 4. Jeden Tag dient der Pole seinem Volk. 5. Polen ist unsere Mutter, von der Mutter darf man nicht schlecht sprechen.“

Der „Verband der polnischen Genossenschaften“ im Reich hat die Möglichkeit, seine Mitarbeiter zu Kurzen nach Polen zu schicken. Die polnischen Sokol- und Pfadfinderverbände besitzen uniformierte Gruppen und dürfen in ihrer Uniform große Jugendtagungen abhalten. Wer sich einmal die Mühe gegeben hat, die gesamte polnische Presse und die Zeitschriften durchzusehen, der kann einwandfrei nachweisen, daß zwischen den Polen im Reich und ihrem polnischen Mutterland ein von niemand beanstandetes, inniges Verhältnis auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur besteht.

Dieser polnischerseits mit programmatischer Offenheit betonte Zusammenhang wird besonders klar, wenn wir einmal daraufhin Aufbau und Tätigkeit der dem Auslandpolentum dienenden Unterstützungsorganisationen betrachten. Der Weltverband der „Auslandspolen“ tagt möglichst alle drei Jahre in Warschau. An der Spitze seines „Organisationsrates“ steht als Vorsitzender der frühere Senatsmarschall und heutige Wojewode Raczkiewicz, also eine führende Persönlichkeit des Mutterlandes. Die Zeitschrift „Front Zachodni“ (1934, Nr. 8, S. 114) berichtet über den zweiten Kongreß dieses Weltverbandes vom Jahre 1934 u. a. wörtlich folgendes: „Der eigentlichen Einleitung des Kongresses, die die Teilnahme der Delegierten und der Besuchergruppen des Auslandspolentums an der großen Truppenschau auf dem Moskotomer Übungsplatz bildete, ging die feierliche Einweihung von einigen hundert polnischen Fahnen aus Deutschland an der Haltestelle des Offizier-Nachtklubs voraus und zwar zum Zeichen der unzerstörbaren Bande, die zwischen der polnischen Bevölkerung in Deutschland und ihrem Mutterlande bestehen.“ 3 500 Polen aus dem Reiche nahmen an dieser Feierlichkeit teil.

Man könnte aus dem polnischen Schrifttum der letzten Jahre sicher Hunderte solcher Berichte zusammenstellen. Der Organisationsrat des „Weltverbandes der Auslandspolen“ unter der Leitung des Wojewoden Raczkiewicz arbeitet eng mit dem für die Auslandspropaganda errichteten „Polski Instytut Wspolpracy Zagranicą“ (Polnisches Institut für die Zusammenarbeit mit dem Ausland) zusammen. Wie die Schrift „Dak powstala, czym jest i co robi rada organizacyjna Polaków zagranicą“ (Wie der Organisationsrat der Auslandspolen entstand, was er ist und wie er arbeitet) berichtet, fällt dem Auslandspolentum auch die ehrenhafte Rolle zu, im Dienste der die Wahrheit über das Mutterland fördernden Auslandspropaganda zu stehen. In Polen selbst gibt es eine Gesellschaft „Opieka polska nad rodakami na obczyźnie“ („Polnische Fürsorge für die Auslandspolen“), die mit dem „Weltverband“ eng zusammenarbeitet, in Polen das „Zowarczysztwo pomocy dzieciom i młodziem polskiem w Niemczech“ („Gesellschaft zur Unterstützung der Kinder und der polnischen Jugend in Deutschland“), ferner ein besonderes Auslandspolen-Referat in der Privatkanzlei des Primas Hlond. Die Hilfsaktion für das Auslandspolentum ist zu einer Herzensangelegenheit des ganzen polnischen Volkes geworden und trägt außerdem einen offiziellen Charakter, da pflichtmäßig ein Fünftel der Winterhilfsabgabe für diesen Zweck bestimmt ist. Wie die „Kattowitzer Zeitung“ (1938, Nr. 223) berichtet, kam im letzten Jahr allein in Oberschlesien die stattliche Summe von 315 197 Zloty zusammen.

In Warschau werden alljährlich für die Volksgenossen im Ausland „Kurse des Wissens um Polen“ veranstaltet, die auch stolz als „Universität des Auslandspolentums“ bezeichnet werden. Hier wird außerdem eine planmäßige politische, sportliche und kulturelle Führung durchgeföhrt. Jeder Pole außerhalb der Staatsgrenzen soll wissen, daß das Mutterland ihm einen feischen,

kulturellen und politischen Rückhalt gibt. Besondere Sorgfalt wurde, wie aus Berichten der Zeitschrift „Polacy Zagranicą“ hervorgeht, der Ausbildung von Pfadfinderführern gewidmet, die in von inländischen Kommandanten geleiteten und in Polen organisierten Lagern durchgeführt wird. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang ein langer und sehr offener Bericht des „Młotowski Kucper Godzienny“ (vom 29. 9. 1938) über das Lager der „Kadrowka Polanska z zagranicą“ („Kerntruppe der Auslands Polen“) in der Latra, zu dem „die Besuche Fremder auf ein Minimum reduziert sind“ („wizyty obcych sa zredukowane do minimum“), damit die Teilnehmer ungestört an der Erweiterung ihrer Kenntnisse über Polen arbeiten können. Der „AKC“ bringt auch im Rahmen dieses Berichtes ein Bild über den Besuch des polnischen Kriegsgünstigsten General Kasprzycki, in dem Lager, an dem auch Polen aus Deutschland teilnahmen. Zu dem Lager der „Kerntruppe der Auslands Polen“ in der Latra schreibt der „Dziennik Poznański“ (Nr. 228 vom 5. 10. 1938), daß dort jeden Morgen bei einem feierlichen Appell folgender Schwur wiederholt werde: „Ich glaube an den alleinigen Gott und an Polen. Ich liebe den alleinigen Gott und Polen. Ich kämpfe nach dem Willen Gottes für Polen.“

Als Symbol der Verbundenheit der Auslands Polen mit ihrem Mutterland entsteht zur Zeit in Warschau ein Riesengebäude „Dom Polaków z Zagranicą im Marsz. Piłsudskiego“ („Pilsudski-Haus der Auslands Polen“). Erhebliche Unterstützung werden den Polen im Reich auch durch den „Westverband“ (früher „Westmarkenverein“) gewährt. Reisen für irgendeine von den vielen Unterstützungsaaktionen heraus: In „Front Zachodni“ (II Nr. 4, S. 55) wird über eine große Geldsammlung für eine „Aktion zur Gründung polnischer Büchereien in den Grenzgebieten Deutschlands“ berichtet. Uebrigens besitzt der „Weltverband der Auslands Polen“ eine besondere „Kommission für Büchereifragen des Auslands Polentums“, die sich der weitgehenden Unterstützung des Mutterlandes erfreut. Das gleiche gilt für den Aufbau des Schulwesens. Mit großer Folgerichtigkeit werden Ausflüge aus dem Reich nach Polen organisiert, der Schulbesuch oder das Studium tüchtigerer Vertreter der Jugend an polnische Lehrstätten gefördert usw. Kurzum: Es gibt kein einziges Gebiet, auf dem die polnische Minderheit des Reiches nicht enge und vollkommen ungestörte Beziehungen zu ihrer geistigen Heimat, dem polnischen Staat, unterhalten könnte.

Das Deutschtum in Polen hat eine ähnliche Einstellung zu Deutschland und zu seinem Führer, dessen Weltanschauung ihm das gleiche bedeutet wie die Pilsudski-Ideologie dem Polentum im Reich, wenn auch die Beziehungen des Deutschtums in Polen zum Mutterland nicht so weitgehend sind wie die der Polen im Reich zu Warschau. Gerade, weil gewisse polnische Presseorgane immer wieder ein leidenschaftliche Hege wegen der „Hitlerisation der Deutschen in Polen“ entfachen, deren traurige Erfolge das Deutschtum in Polen oft genug zu spüren bekommt, sei die polnische Deffenlichkeit eindringlich an die Rechte erinnert, die sie für sich und die die Polen im Reich ungestört in Anspruch nehmen dürfen. Sie wird dann zugeben müssen, daß die Verehrung des Mutterlandes und das Bekenntnis zum Nationalsozialismus keinen Grund dazu gibt, die deutsche Volksgruppe in Polen zu verdächtigen und zu verurteilen.

„Wir sind Litauer und Glieder unseres großen deutschen Vaterlandes. Wir Litauer haben auf den Schlachtfeldern Oesterreichs und Frankreichs geblutet, von welchen die Kaiserkrone heimgebracht wurde. Wir lassen uns an Liebe zu Kaiser und Reich, an Vertrauen zu unserem angestammten Königshause der Hohenzollern von niemand übertreffen. Sind je aus litauischem Munde Worte gefallen, die dem widersprechen, so rühren sie von unreinen Schwärmern her, mit denen die litauische Partei nichts zu schaffen hat.“

Jurgis Streckis: Jagstallen

in seinem Reichstagswahlprogramm am 20. Dezember 1911.

Die Motorisierung der baltischen Staaten

Die baltischen Staaten haben in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, ihre Rückständigkeit in der Motorisierung zu überwinden. Sie haben dabei mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einmal stehen der agrarische Charakter dieser Länder und die damit verbundene, verhältnismäßig geringe Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten einer raschen Aufwärtsentwicklung des Kraftwagenbestandes entgegen. Dann stellt sich auch das wenig entwickelte Straßennetz, das kaum gepflasterte und asphaltierte Straßen kennt, einer solchen Entwicklung hindernd in den Weg. Das hat zur Folge, daß sich der Kraftwagenverkehr in den baltischen, wie überhaupt in den östlichen Ländern überwiegend auf die größeren Städte konzentriert und daß der Autobusverkehr bevorzugt wird. Erschwerend kommt weiter hinzu, daß die baltischen Staaten keine eigene Kraftfahrzeugindustrie besitzen (wobei Lettland allerdings eine gewisse Ausnahme macht) und daher ausschließlich auf die Einfuhr angewiesen sind. Die Einfuhr ist bisher sehr uneinheitlich in der Typenwahl gewesen; es sind ziemlich wahllos die verschiedensten Typen eingeführt worden, was naturgemäß die Versorgung mit Ersatzteilen erschwert.

Ueber den Stand der Motorisierung der baltischen Länder gibt nachstehende Uebersicht Auskunft; nach dem Stande von 1938 kommen auf 1 Kraftwagen Bewohner in

Finnland	106	Lettland	412	Polen	1184
Estland	250	Sowjetunion	479	Litauen	1290

Estland und Lettland sind also erheblich besser als Polen gestellt. Litauen bleibt weit hinter den beiden anderen baltischen Ländern und sogar hinter Polen zurück. Diese Rückständigkeit ist, abgesehen von den anderen bereits angeführten Umständen, auch in der litauischen Steuerpolitik begründet. Estland nimmt hinsichtlich der Motorisierung (gemessen an der Bevölkerung) die erste Stelle unter den baltischen Staaten ein. Sein Kraftwagenbestand hat sich in den letzten Jahren beträchtlich entwickelt, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt (jeweils nach dem Stand vom 1. Januar):

Jahr	Personenwagen	Lastwagen	Motorräder	Autobusse
1924	401	315	287	—
1926	508	364	337	—
1934	1710	1065	896	166
1935	2127	1238	1016	220
1936	2250	1620	1205	230
1937	2425	1835	1497	240
1937 1. 10.	2694	2050	2085	248

Auffällig ist die sprunghafte Erhöhung der Zahl der Motorräder, die zu 40 v. H. auf das flache Land entfallen, während sich die Personenkraftwagen nur zu 20 v. H. auf dem flachen Lande befinden. Ungefähr ein Viertel der Kraftwagen sind Autodroschken. Estland hat keine eigene Kraftfahrzeugindustrie. Die Einfuhr ist in der Typenwahl sehr uneinheitlich. Die am 1. April 1937 vorhandenen Personenkraftwagen haben zu 62,6 v. H. aus den Vereinigten Staaten, zu 17,7 v. H. aus dem Deutschen Reich, zu 8,9 v. H. aus Frankreich und zu 7,4 v. H. aus England, der Rest von 13,4 v. H. aus verschiedenen anderen Ländern gestammt. Im Laufe der letzten Jahre ist die Einfuhr deutscher Wagen gestiegen und hat die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten überflügelt. Auch ist man allmählich dazu übergegangen, bestimmte für die estländischen Verhältnisse geeignete Wagentypen zu bevorzugen. Die estländische Regierung ist bemüht, günstigere Vorbedingungen für die Motorisierung zu schaffen. Vor allem ist sie auf die Verbesserung und Erweiterung des Straßennetzes bedacht. Zwar sind keine gepflasterten und asphaltierten Straßen vorhanden; doch ist manches geschehen, um den Straßen eine feste Decke zu geben. Die Entwicklung des estländischen Verkehrsnetzes geht aus folgenden Zahlen hervor: Die Länge der Chaussees Estlands ist von 1927 bis 1933 von 3542 auf 3566 Kilometern, diejenige der Landstraßen von 17437 auf 19886 Kilometern gestiegen. In seinen reichen Delschieferorkommen besitzt Estland eine gute Voraussetzung der weiteren Motorisierung. Der Delschiefer ergibt nach dem gegenwärtigen Destillationsverfahren 20 bis

22 v. H. Rohöl, aus dem Dieselmilch, Imprägnieröl und Benzin gewonnen werden. Im Jahre 1937 sind 125 000 Tonnen Rohöl hergestellt worden. Die Produktion läßt sich um das Vielfache vermehren, so daß Estland imstande wäre, nicht nur seinen eigenen Treibstoffbedarf zu decken, sondern auch alle Ostseeländer damit zu versorgen.

Lettlands Situation wird dadurch gekennzeichnet, daß es Ansätze zu einer eigenen Kraftfahrzeugindustrie besitzt, die aber vorläufig noch keinen nennenswerten Einfluß auf die Motorisierung ausüben vermag. Ueber die Entwicklung des lettländischen Kraftfahrzeugbestandes gibt die nachstehende Uebersicht Auskunft:

Jahr	Personenwagen	Lastwagen	Motorräder	Autobusse
1927	1 263	550	537	157
1934	2 134	1 614	1 978	269
1935	2 231	1 668	1 961	259
1936	2 512	1 963	2 198	267

Wie Estland, so ist auch Lettland noch auf die Einfuhr angewiesen. Im Jahre 1936 sind 354 Personenwagen, 408 Lastwagen, 8 Autobusse und 517 Motorräder eingeführt worden. Unter den Ursprungsländern steht das Deutsche Reich mit 186 Personen- und 94 Lastwagen an erster Stelle. Es folgen England mit 43 Personen- und 155 Kraftwagen, Dänemark mit 46 Personen- und 87 Lastwagen und die Vereinigten Staaten mit 37 Personen- und 85 Lastwagen. Wie erwähnt, sind in Lettland Ansätze einer eigenen Kraftfahrzeugindustrie vorhanden. Die staatliche W.O. „Wairoga“, die bisher nur Karosserien für Lastwagen und Autobusse hergestellt hat, hat im Frühjahr d. J. auf Grund eines Lizenzvertrages mit den Fordwerken die Produktion von Lastwagen und leichten Personenkraftwagen (dem neuesten Typ des „Ford Junior“) aufgenommen. Die Einzelteile werden allerdings nicht in Lettland selbst hergestellt, sondern zollbegünstigt aus Deutschland und Dänemark von den dortigen Filialen der Fordwerke eingeführt. Das Straßennetz Lettlands hat im Zuge der verstärkten Motorisierung während der letzten Jahre wesentliche Fortschritte gemacht. Die Länge der Chausseen ist von 1927 bis 1936 von 801 auf 1 699 Kilometern, diejenigen der Landstraßen von 24 155 auf 31 823 Kilometern gestiegen.

Litauen ist derjenige baltische Staat, dessen Kraftwagenverkehr am wenigsten entwickelt ist. Dieses Zurückbleiben hängt damit zusammen, daß sein Charakter als Agrarstaat noch schärfer ausgeprägt ist, als der Estlands und Lettlands. Außerdem hat die überhöhte Benzinsteuer hier hemmend gewirkt. Die Entwicklung des Fahrzeugbestandes zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Personenwagen	Lastwagen	Motorräder	Autobusse	Zusgef.
1926	274	39	68	—	381
1927	637	88	126	116	967
1934	940	212	784	226	2 172
1935	1 015	219	869	252	2 355
1936	1 034	297	888	250	2 469

Die Zunahme der Personenwagenbestände hält sich in bescheidenen Grenzen; bei Lastkraftwagen und Autobussen ist der Höchstbestand des Jahres 1934 noch nicht wieder erreicht worden, während die Motorräder eine günstigere Entwicklung aufweisen. Es zeigt sich auch hier die Schattenseite der Einfuhr. Etwa 80 Typen sind 1936 daran beteiligt gewesen; besonders amerikanische Wagen (Ford) werden bevorzugt. Aber auch englische, schwedische und französische Firmen beteiligen sich daran; die deutschen Firmen haben seit 1936 viel aufgeholt. Sie sind im allgemeinen im Mangelgebiet, daß in der Statistik nicht mit enthalten ist, vorherrschend. Um die Motorisierung zu fördern, hat die litauische Regierung die Einfuhrzölle für Kraftwagen herabgesetzt, die Treibstoffpreise gesenkt und Befreiungen von der Kraftfahrzeugsteuer ausgesprochen. Diese Maßnahmen haben bereits im Jahre 1937 zu einer Steigerung der Einfuhr geführt. An erster Stelle hat hierbei Deutschland gestanden, auf das etwa ein Drittel der Einfuhr dieses Jahres entfiel. Es sind nur noch bestimmte, für die litauischen Verhältnisse geeignete Kraftfahrzeugtypen zugelassen. Den Autofirmen ist aufgelegt worden, Reparaturwerkstätten zu errichten, die über ausreichende Vorratslager an Ersatzteilen verfügen. Der Autobusverkehr wird stark gefördert; er wird von einer halbstaatlichen Aktiengesellschaft „Auto“ betrieben, die zur Zeit 40 Wagen in Betrieb hat. Unlängst ist mit dem Bau einer zentral gelegenen Autowerkstatt in Poniewiech begonnen worden.

Das Straßennetz Italiens ist sehr schlecht und läßt sich kaum mit dem der anderen baltischen Staaten vergleichen. Es wird versucht, auch hierin Wandel zu schaffen, wie folgende Zahlen ergeben: die Länge der Chausseen ist von 1934 bis 1936 von 1 248 auf 1 209 Kilometer und die der Landstraßen von 29 236 auf 30 431 Kilometer gestiegen. In den obigen Aufstellungen sind die Heeresfahrzeuge der baltischen Länder nicht enthalten. Deren Zahl ist übrigens nicht sehr bedeutend. Motorisierte Truppenteile sind nicht vorhanden. Lediglich Kampfwagenformationen bestehen, während im übrigen in den Armeen der baltischen Länder der Pferdezug vorherrschend ist.

Ostland-Chronik

Auf der Suche nach einem neuen Namen

Die vollzogene äußere und noch im Gange befindliche innere Umbildung der Tschecho-Slowakei hat die Suche nach einem neuen Namen für diesen Staat zu einer aktuellen Frage gemacht. Zu dieser Frage hat sich u. a. J. Slavik in dem Organ der tschechischen Legionäre, „Narodni Dzvobozeni“, geäußert. Es hat in dem Artikel u. a. geheißen: „Unser Staat hat zum Großteil die Umgestaltung hinter sich. Er verwandelte sich in einen teilslawischen Staat der Tschechen, Slowaken und Karpathenrussen. Der so umgestaltete Staat sucht einen neuen Namen. Die bisherige Bezeichnung ‚Ceskoslovensko‘ entspricht nicht der Wirklichkeit. Sie entspricht ihr niemals. Sie wurde während des Weltkrieges geschaffen, als man noch nicht wußte, daß Karpathenrußland ein dauernder Bestandteil unseres Staates sein wird. Aufrichtig gesagt, die Bezeichnung ‚Ceskoslovensko‘ war keine glückliche Bezeichnung. Für uns Tschechen war sie kein neuer Terminus, aber ihre fremdsprachigen Formen (Lateinisch, deutsch, französisch, englisch usw.) waren ganz neu und — gestehen wir es ein — nicht allzu wohlklingend. Diese Formen gaben den verschworenen Feinden unseres Staates, namentlich den Magyaren, eine geeignete Gelegenheit zu Klatschereien, wir hätten einen neuen, weder der Gegenwart noch der Vergangenheit entsprechenden Namen geschaffen. Es ist also die Frage eines neuen Namens vordringlich und wichtig. Wie soll unser revolutionär umgestalteter Staat heißen? In den Sonntagsblättern tauchte die Meldung auf, man dachte an die Bezeichnungen ‚Středo-slawie‘ (Mittelslawien) oder ‚Západo-slawie‘ (Westslawien). Auf den ersten Blick sieht man, daß die Bezeichnung ‚Středo-slawie‘ unmöglich, absurd ist. Handelt es sich doch nicht um einen Staat von Mittelslawen, in der Mitte des Slaventums. Logisch ist nur die Bezeichnung

‚Středoevropská Slavie‘ (Mittel-europäisches Slawien) welche sich jedoch selbst durch Länge und Schwerefälligkeit verweist. Nicht minder ungeeignet ist auch ‚Západoslavie, eine analog nach dem glückten Namen ‚Jugoslavie‘ geschaffene Bezeichnung. Aber auch die Bezeichnung ‚Západoslavie‘ ist ein unlogischer Begriff. Er ist ein enger und zugleich breiter Begriff. Eng deswegen, weil in unserem Staat Karpathenrussen wohnen (wenn man will Ruthenen, Ukrainer, Kleinarussen, Russen), welche nicht zu den West-, sondern zu den Ostslawen gehören. Dafür aber wohnt das zahlreichste slawische Volk, die Polen, nicht in unserem umgestalteten Staat. Wegen dieser Widersprüche sind geographische und volkstümliche Maßstäbe beiseite zu lassen, die übrigens veraltet sind. Man muß von dem Moment des freien, modernen politischen Ideals ausgehen, auf dessen Grundlage der Staat umgestaltet wurde. Es handelt sich um einen slawischen Staat, der ein neues Leben leben will. Auf Grund dessen lege ich zur Ermägung vor, ob nicht unser neuer Staat ‚Novoslavie‘ (Neuslawien) heißen sollte. Ich weiß, daß Völker, die erst ihre politische Selbstständigkeit erlangt haben, sehr empfindlich sind und danach streben, ihre politische Selbstständigkeit möge im Namen des Staates Ausdruck finden. Auch mancher Tscheche würde ungern das Verschwinden des Namens seines Volkes aus der Staatsbezeichnung sehen. Hierin sind Schwierigkeiten verborgen, die ich nicht unterschätze. Diesen stelle ich jedoch die ‚Dynamik‘ der Bezeichnung ‚Novoslavie‘ entgegen, welche nicht nur den Willen zu einem besseren nationalen und gesellschaftlichen Zusammenleben Ausdruck gibt, sondern auch die Möglichkeit nicht ausschließt, daß diese Bezeichnung für ein verändertes politisches Gebilde benutzt werde. Für ein kleineres und auch — größeres.“ Anders hat ein anderes Blatt, der „Hospodarŝky

rozhled", zu der Frage der neuen Namensgebung Stellung genommen; dieses Blatt hat für die Beibehaltung des alten Namens u. a. mit folgenden Worten plaidiert: „Alle möglichen und unmöglichen Kombinationen wurden namhaft gemacht: ‚Slavia‘, ‚Bápadoslavia‘ (Westslawien), ‚Středoslavia‘ (Mittelslawien), ‚Nitcoslavia‘ (Innerslawien), ‚Novoslavia‘ (Neuslawien). Entschieden besser wäre ‚Spojene státy slovanste‘ (Vereinigte slawische Staaten), S.S. Dies wäre wenigstens ein Programm. Trotzdem sind wir jedoch der Ansicht, daß der Name Tschechoslowakei, gerade wie die Bezeichnung Made in Czechoslovakia, für uns ein allzu wertvolles Attributum wurde, als daß wir uns seiner leichtsinnig begäben. Wollen wir uns wiederum unter einer unbekannteren Firma verbergen, wollen unser goodwill vergeuden, damit die Welt neuerdings vergesse, wer wir sind? Wir haben schon genug darauf gezahlt. Gasardieren wie demgegen nicht mit so etwas Ehrwürdigem (!) wie dem Namen eines Staates, der an ehrenvollster Stelle (!) in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts eingetragen ist.“

Ein Jahr Volksgruppen-Erklärung

Am 5. November d. J. ist es ein Jahr her gewesen, daß die deutsch-polnische Volksgruppen-Erklärung veröffentlicht wurde. Den Jahrestag der Veröffentlichung hat die deutsche Presse in Polen zum Anlaß genommen, um die Wirkungen dieser Erklärung auf die Lage der deutschen Volksgruppe zu überprüfen. Der „Deutsche Pressedienst aus Polen“ hat u. a. geschrieben: „Heute nach einem Jahre muß das Deutschtum in Polen feststellen, daß die Hoffnungen, mit denen es den Auswirkungen dieser Vereinbarungen entgegengesehen hat, bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen sind. Denn eine Reihe von Maßnahmen, die das deutsche Leben in der Aufrechterhaltung seines Besitzstandes hemmen, geben ihm das Gefühl, daß von dem Geist dieser Deklaration noch nicht alle Organe des Staates erfüllt sind. . . Das Deutschtum in Polen hat in den Jahren seiner Zugehörigkeit zum polnischen Staat das Warten gelernt. Es weiß obendrein, daß die zur Regierung in Opposition stehenden Gruppen immer wieder versuchen, in der Frage des Verhältnisses des Mehrheitsvolkes zur deutschen Volksgruppe Mißtrauen zu säen, wodurch eine positive Erledigung verschiedener deutscher Fragen

vielfach auf das Gebiet innerpolitischer Auseinandersetzungen geschoben wird. Es weiß außerdem, daß eine deutschfreundliche Einstellung in Polen auch heute noch unpopulär ist. Aber alle diese Erkenntnisse haben das Deutschtum in Polen nicht von seiner Pflichterfüllung gegenüber dem polnischen Staat abbringen können. . .“ Die „Deutschen Nachrichten“ haben u. a. geschrieben: „. . . Jeder Deutsche in Polen, der ganz für sich eine gewisse völkische Buchhaltung führt, wird beim Ueberschlagen des verflohenen Jahres mit Ernüchterung feststellen, daß die Haben-Seite blühterlein geblieben, die Soll-Seite aber mit endlosen Ziffernreihen bedeckt worden ist. Wir stellen das ohne Haß, aber sehr ernüchtern fest. Niemand ist es uns eingefallen, Abgründe zu vertiefen oder feindselige Stimmungen zu verewigen. Wir haben enttäuschte Hoffnungen und betrogene Erwartungen noch niemals, solange wir Bürger dieses Staates sind, in Ausdrücke des Hasses abgewandelt. Wir haben vielmehr jenem verderblichen Wort, wonach der Pole dem Deutschen niemals Bruder sein könne, mit aller Entschiedenheit und mit deutscher Zähigkeit den Willen gegenübergestellt, eine Verständigung von Volk zu Volk herbeizuführen. Es sind in dieser Richtung Erfolge zu verzeichnen gewesen. Doch würde man gut tun, gerade diese Erfolge zart zu behandeln, damit sie nicht zertinnen und nicht ins Gegenteil umschlagen. Wenn wir auch, wie betont, alle betrogenen Erwartungen unter keinen Umständen mit einer feindseligen Stimmung vergolten haben, so will das nicht bedeuten, daß unsere Volksgruppe zu jeder Hinnahme bereit sei. Das soll vielmehr bedeuten, daß wir unsere Hoffnungen nicht begraben haben und mit Bestimmtheit erwarten, daß der Geist der Erklärung vom 5. November 1937 seinen praktischen Ausdruck im kommenden Jahre finden werde. Denn es ist Zeit, daß der Weg von den Grundrissen zu den Laten hinüberführt.“ Die „Kattowitzer Zeitung“ hat u. a. geschrieben: „. . . Trotzdem ist unser Schicksal nicht leichter geworden. Schon den ersten Tage nach dem 5. November des Vorjahres haben uns manche schwere Enttäuschungen gebracht. Wir mußten zunächst erkennen, daß die Erklärungen der Regierung die Haltung unserer Gegner in der polnischen Öffentlichkeit nicht zu wandeln vermocht hatte. Die Angriffe auf das Deutsch-

tum in der Presse waren eher noch feindseliger als vorher. Dann setzte in Oberschlesien eine Woche nach der Bekanntgabe der Regierungserklärung eine Welle von Entlassungen deutscher Arbeiter ein, und diesen ersten Maßnahmen folgten andere, nicht nur hier in unserer engeren Heimat, sondern überall, wo Deutsche in Polen anzutreffen sind. Kein Lebensgebiet unserer Volksgruppe blieb verschont. . . Man begegnet in polnischen Kreisen, die sich die Lasten nicht verhehlen, daß das Deutschtum Einbußen erleidet und weiter erleidet, oft diesem Standpunkt: Die Volksgruppe müsse sich nur einmal daran gewöhnen, daß auch die Polen mit ihren Interessen da sind und diesen in ihrem eigenen Lande auch Geltung verschaffen. Wir sollen also erkennen, welche Positionen nicht zu halten sind und sie 'abstreifen'. Dieses Rezept hat das Deutschtum in Polen längst befolgt. Es würde sich selbst aufgeben, wenn auch die Reste der deutschen Schule, die Reste seines Bodens und die Reste seines Anteils an der Arbeit einfach 'abstriebe'. . . In der Erfüllung unserer Staatsbürgerpflichten machen uns Enttäuschungen und Rückschläge ebenso wenig wankend wie in unserem gerechten Kampf. Wer seine Pflicht tut, dem steht auch der volle Genuß des Rechtes zu, und unser erstes Recht ist das zum Leben. Unser Leben als Bürger des polnischen Staates deutschen Volkstums erfordert aber, daß die Erklärung vom 6. November 1937 endlich Wirklichkeit wird."

Die Senatswahlen

Am 13. November fanden in Polen die Senatswahlen statt. Gewählt wurden 64 Senatoren, während 32 weitere Senatsmitglieder vom Staatspräsidenten ernannt werden. Wie zu erwarten, ging das „Lager der nationalen Einigung“ als weitaus stärkste Gruppe aus den Wahlen hervor. Von den Regierungsmitgliedern kandidierte lediglich der Außenminister Oberst Beck zum Senat. Er wurde in Warschau gewählt. Von anderen bekannten Politikern des „Lagers der nationalen Einigung“ wurden gewählt der Stadtpräsident von Warschau, Starzyński, der Gründer und ehemalige Chef des Lagers, Oberst Koc, der bekannte Historiker Prof. Kolankowski, Lemberg, der frühere Leiter der Dorfsektion des Lagers, General Galica, der bei

den Sejmwahlen durchgefallene Redakteur Kattelbach, der bei den Sejmwahlen gleichfalls unterlegene Gewerkschaftsführer Tomaszkiiewicz, der oberchlesische Ausständischenführer Kornc, der ehemalige Bauernführer Rog, der ehemalige Nationaldemokrat Redakteur Rembiński nam. Von den Politikern, die außerhalb des „Lagers der nationalen Einigung“ stehen, kamen u. a. in den Senat die bisherige Senatsmarschall Oberst Prystor, der Konservative Fürst Chrystof Radziwiłł und der ehemalige Staatssekretär Duch. In Disqualifizierungen wurden mehrere Ukrainer gewählt. Die übrigen Volksgruppen hatten bei dem geltenden Wahlrecht von vornherein keine Aussicht, durch Wahl einen ihrer Vertreter in den Senat zu bringen. Bemerkenswert ist, daß die Gruppe der zum „Lager der nationalen Einigung“ in Opposition stehenden alten Pilsudkianhänger verschiedene ihrer Kandidaten nicht durchzubringen vermochten, so fielen u. a. durch Oberst Matuszewski, der Präsident der Krakauer Landwirtschaftskammer Kleszczyński, der frühere Ministerpräsident Dr. Kozłowski, der frühere Ministerpräsident Zmrozewicz. Aufsehen hat es erregt, daß auch der zu den führenden Köpfen des „Lagers der nationalen Einigung“ gehörende Oberst Niedzyński nicht gewählt wurde.

Oberst Beck über Litauen und Danzig

Der polnische Außenminister Oberst Beck gewährte kürzlich einem Vertreter der Hearst-Presse ein Interview, in dem er u. a. das polnisch-litauische Verhältnis berührte: „Daran (d. h. an dem Gerücht, daß Deutschland und Polen ein Geheimabkommen zur Teilung Litauens abgeschlossen hätten) ist kein Wort wahr. Alle diesbezüglichen Nachrichten sind geradezu lächerlich. Ich bin dessen gewiß, daß Litauen sich über die freundschaftliche und positive Einstellung Polens völlig im Klaren ist. Die Märzereignisse, bei denen wir die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Litauen forderten, müßten Polens freundschaftliche und friedliche Absichten unter Beweis stellen. . . Es gibt keinerlei Vertrag mit Deutschland zur Teilung Litauens. Hätte Polen solche Pläne, wie wäre dann seine maßvolle Haltung Litauens gegenüber in jenem Augenblick zu erklären, als die Gelegenheit günstig war, hoch getriebene Forderungen zu stellen! Polen hat Litauen gegenüber keine feindlichen Gefühle. Wie erkennen die Litauer als eine Nation an,

mit der wir als gute Nachbarn freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten wünschen, die gegenseitigen guten Willen und Achtung vor den Rechten und Bräuchen im internationalen Leben zur Grundlage haben müssen.“ (Man darf nicht vergessen, daß diese Worte für amerikanische Leser bestimmt sind, die weit genug vom Schauplatz der europäischen Politik entfernt sind, um ihre Zusammenhänge nicht zu verstehen.) Im gleichen Interview äußerte sich Oberst Beck auch über Polens Verhältnis zur Freien Stadt Danzig: „Verhandlungen darüber (d. h. über eine Rückgliederung Danzigs ans Reich und die Neuordnung der territorialen Verhältnisse im Korridor) führen wir nicht. Die Beziehungen zwischen Polen und Danzig sind zufriedenstellend. Uebrigens ist die Mehrzahl der Danziger Bevölkerung deutsch und vermag dem im Rahmen der Verfassung der Freien Stadt vollkommenen Ausdruck zu verleihen. Die grundlegende These des deutschen Reichskanzlers bezog sich darauf, daß die deutsche Bevölkerung in ihrer ideellen Entwicklung nicht durch deutschfeindliche Regierung oder Faktoren beeinträchtigt werden solle. Auf das innere Leben der deutschen Bevölkerung in Danzig hat die polnische Regierung keinen Einfluß genommen. Sie hat in dieser Hafenstadt sehr wichtige Interessen, die aber anderer Art sind.“

Łozoraitis über das Verhältnis zu Polen

Am 14. November hat der litauische Außenminister Łozoraitis in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Eta“ u. a. zu den litauisch-polnischen Beziehungen Stellung genommen. Seine Worte sind gewissermaßen eine Antwort auf das kürzliche Interview des polnischen Außenministers Oberst Beck gewesen: „Mit Polen wollen wir in guten freundschaftlichen und nachbarlichen Beziehungen leben. Die Verhandlungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß wir in einer verhältnismäßig kurzen Zeit mit Polen eine ganze Reihe wichtiger Abkommen geschlossen haben, welche wichtige Gebiete regeln. Nachdem Fragen des Verkehrs der verschiedensten Art geregelt waren, sind die begonnenen Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsabkommens auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen, die aus der wirtschaftlichen Struktur der beiden Länder herborgehen. Auch von unserer Seite wurden Vorschläge zum Ausgleich der Handels-

bilanz gemacht, und wenn Polen bereit ist, über diese Fragen zu sprechen, können die Verhandlungen fortgesetzt werden. Man kann hoffen, daß sie mit einem Abkommen zum Nutzen und zur Zufriedenheit der beiden Länder enden werden. Mit Polen müssen wir noch eine Reihe von Fragen regeln, die nicht untergeordneter Art sind. Wir sind bereit, zu verhandeln, und haben den guten Willen, ein für beide Teile wichtiges Abkommen zu erreichen. Wir sind daran interessiert, verschiedene Hindernisse für eine gute Entwicklung der Beziehungen zu Polen aus dem Wege zu räumen, und wollen hoffen, daß auch Polen Hindernisse fort-räumen wird, welche die gute Stimmung beeinflussen.“

Memelland an Staatspräsidentenwahl uninteressiert

Am 4. November wurden in Litauen die Wahlmänner für die Staatspräsidentenwahl gewählt. Die Wahlmänner sind von den Selbstverwaltungskörperschaften aufzustellen. Im Memelgebiet kommen hierzu die Memeler Stadtverordnetenversammlung und die Kreistage der drei Kreise in Betracht. Um eine gültige Wahl durchzuführen, muß mindestens die Hälfte der Mitglieder der genannten Körperschaften anwesend sein. Sowohl in der Stadtverordnetenversammlung wie in den Kreistagen aber sind die deutschen Mitglieder der anberaumten Sitzung ferngeblieben. Auch von den litauischen Mitgliedern waren nicht alle erschienen. Es haben also keine Wahlmänner gewählt werden können. Das Memelgebiet hat auf die Teilnahme an der Wahl des litauischen Staatspräsidenten verzichtet. Diese Wahl ist eine Angelegenheit, die das Gebiet nicht mehr interessiert. Die Wahl des Staatspräsidenten durch die insgesamt 120 Wahlmänner fand am 14. November statt. Als einziger Kandidat wurde der bisherige Staatspräsident Antanas Smetona vorgeschlagen. Er wurde mit 118 Stimmen bei 2 Stimmhaltungen gewählt. Smetona steht im 64. Lebensjahr.

Ein Litauer kritisiert Litauens Memelpolitik

Im „XX. Amžius“ ist kürzlich eine Unterredung mit einem der führenden Großlitauer des Memelgebietes, Wana-gaitis, erschienen. Diese Unterredung,

die auf einen sehr pessimistischen Ton abgestimmt ist, ist in mehrfacher Hinsicht beachtend: „Ihr wißt, die Lage ist ernst. Eine solche Lage für das Memelgebiet habe ich niemals erwartet. Wir sind selbst schuld daran, daß es so weit gekommen ist. Denn wir haben es nicht verstanden, die Frage richtig zu behandeln. Denkt nur daran: Was es nötig, aus Großlitauen Arbeiter in das Memelgebiet zu schaffen und diese dann, wenn sie arbeitslos geworden waren, der Stadt auf den Hals zu laden? Und dann, was für Beamte habt ihr uns in das Memelgebiet geschickt! Zunächst hätte man so viel wie möglich Beamte aus den hiesigen Einwohnern nehmen müssen, und dann, wenn ihr uns schon Beamte aus Großlitauen schicktet, dann hättet ihr diese auswählen müssen. An mich selbst haben sich Leute aus Großlitauen gewandt, die sich fürchteten, zu sagen, was und wo sie früher gearbeitet haben. In solchen Fällen mußte ich mich natürlich bei den entsprechenden Stellen über ihre Vergangenheit informieren. Und was für Antworten bekam ich? „Er taugt nicht für den Dienst in Großlitauen, aber für das Memelgebiet wird er schon tauglich sein!“ Seht, das kann euch ein Beispiel dafür sein, welche Menschen man dem Memelgebiet zugeführt hat. Sehr schlecht war es auch, daß wir mit den hier wohnenden Deutschen nur mittels der Gesetzesparagrafen gesprochen haben, anstatt mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu suchen. . . Man muß schnell und entschlossen handeln. Wenn wir zögern, dann können wir Ueberraschungen erleben, wenn man das überhaupt noch als Ueberraschungen bezeichnen kann. . . Hegerien und Verärgerungen dürften nicht vorkommen. Die Presse, die Vereine und die Organisationen müßten frei sein. Man muß die Versammlungsfreiheit wieder herstellen und die allgemeine politische Lage reorganisieren. Vor allem: Wir müssen aufrichtig sein. . .“

Entlassen, verboten, bestraft

Am 4. November wurden von der Königshütte (Ost-D.-S.) wieder mehrere deutsche Arbeiter entlassen. Als Grund wurde „Reorganisation“ angegeben. Auf Myslowigrube wurde ein deutscher Schmied entlassen. Der Betriebsrat lehnte es unter Hinweis auf die deutsche Volkzugehörigkeit ab, sich für diesen einzusetzen. — In Posen wurde die für den 30. Oktober vom Bund deutscher Sängere

bereitete Veranstaltung zu Ehren Friedrich Silchers in letzter Minute verboten. Die zahlreich erschienenen Gäste mußten an der Eingangstür umkehren. — In Dirschau wurde am 24. Oktober der deutsche Volkzugehörige Wilhelm Lapke verhaftet. Lapke war als Vormund zweier deutscher Kinder in Konflikt mit den Behörden geraten. Er hatte sich geweigert, diese Kinder in die polnische Schule zu schicken. Er hatte dabei im Einvernehmen mit der Mutter der Kinder gehandelt.

Privilegierter Durchgangsverkehr Schlesien—Ostmael

Zwischen dem Deutschen Reich und Polen wurden am 5. November mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, die die Neuordnung des Eisenbahnverkehrs durch das von Polen besetzte Gebiet von Oderberg betreffen. Durch die neue Grenzziehung ist bekanntlich eine etwa 10 Kilometer lange Strecke der Bahnlinie Ratibor—Lundenburg (Breslau—Wien) unter polnische Hoheit gekommen. Während bisher die deutsche und tschechische Paß- und Zollabfertigung in Oderberg stattgefunden hat, wird dort in Zukunft nur noch die polnische Abfertigung, die deutsche dagegen in Annaberg durchgeführt. Besonders wichtig sind die neuen Bestimmungen, die einen privilegierten Durchgangsverkehr durch das Polen zugefallene Gebietsstück vorsehen. Der Durchgangsverkehr von Schlesien nach Oesterreich auf den Strecken Annaberg—Lundenburg bzw. Mittelwald—Lundenburg wird über die polnischen bzw. tschechischen Streckenteile in geschlossenen deutschen Personen- und Güterzügen ohne Paß- und Zollabfertigung und ohne Devisenförmlichkeiten durchgeführt. Die Personen und Güter werden auf Grund der deutschen Binnentarife mit durchgehenden deutschen Fahrkarten und deutschen Frachtbriefen abgefertigt. Der Verkehr wird mit deutschen Lokomotiven und Betriebsmitteln abgewickelt. Andererseits hat das Deutsche Reich Polen das Recht zugestanden, einen entsprechenden privilegierten Durchgangsverkehr zwischen Ostoberschlesien und dem von der Tschechoslowakei an Polen abgetretenen Gebiet über die etwa 4 Kilometer lange reichsdeutsche Durchgangsstrecke Olfa—Annaberg—Oderberg aufzunehmen.

Bücher über den Osten

Polens Aufstieg. Von Hans Wilhelm Beck. Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W 9, 1938. 94 Seiten. Preis 1,80 RM. Mit 1 Karte und mehreren Bildern. — Diese Schrift über Polen hat vor einer Reihe anderer Arbeiten über dasselbe Thema, die in den letzten Jahren erschienen sind, das eine voraus, daß sie jenen Abstand zu den polnischen Dingen zu wahren versucht, den das deutsche Selbstbewußtsein verlangt, und daß sie die Heroisierung Polens als eine innerpolnische Angelegenheit betrachtet, in die sich einzumischen die deutsche Publizistik keine Veranlassung hat. Die Arbeit hat den Nachteil, daß sie bei ihrem begrenzten Umfang viele Fragen nur flüchtig zu streifen und nicht verständig zu machen vermag. Etwa ein Drittel der Schrift entfällt auf den naturgemäß recht lückenhaften geschichtlichen Rückblick. Dann werden Bevölkerung, Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Kultur behandelt. Auf einige Irrtümer sei hingewiesen: Einen Zugang zum Meere hat Polen erst im Jahre 1466 erhalten (Seite 14). An der Verteidigung der polnischen Ostmarken gegen die Tataren haben deutsche Truppen führenden Anteil genommen (Seite 18). In dem „polnischen“ Heer, das 1683 an der Befreiung Wiens von den Türken teilgenommen hat, haben neben anderen deutschen Truppen auch die brandenburgischen Regimenter gestanden (Seite 20). Die Bedeutung des Bürgerturns für die Erneuerung Polens wird übersehen (Seite 26 ff.). Die Volkgruppen haben schon lange keinen Einfluß mehr auf die öffentlichen Angelegenheiten Polens (Seite 43). Die Angaben über das Deutschtum in Polen sind z. T. falsch (Seite 87). Die kurze Berührung der geschichtlichen deutschen Aufbaumächte in Polen wird den Tatsachen in keiner Weise gerecht (Seite 92). Auf andere Mängel, die sich, wie gesagt, aus der gedrängten Kürze der Darstellung ergeben, kann hier nicht eingegangen werden. Erwähnt sei noch, daß die beigefügten Kartenstiche noch die alten Wojewodschaftsgrenzen verzeichnen. Dr. K.

Wohlfahrt! Bierzehn Volksgeschichten. Von Gottfried Rothacker. Verlag Albert Langen/Georg Müller, München 1938. 161 Seiten. — Mit seinem „Dorf an der Grenze“ hat Bruno Nowak, der unter dem Namen Gottfried Rothacker schreibt, das aufrüttelndste und meistgelesene Buch über den Volkstumskampf an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze geschrieben. In seinem vorliegenden Buch greift er einzelne Menschen und Szenen aus dem weiten Bereich des sudeten- und karpaten-deutschen Lebens heraus. Vom Hunger als Waffe im Volkstumskampf, von den blutigen

Märztagen des Jahres 1910, von den Schicksalen eines deutschböhmischen Dorfes in der Hungerteit und von anderen Ereignissen aus Geschichte und jüngster Vergangenheit ist in diesen Erzählungen die Rede. In einigen ist auch alte deutsche Volksüberlieferung nachgeahlet. In jeder dieser Erzählungen hat der Verfasser etwas Wesentliches über Art und Wesen der Sudeten- und Karpatendeutschen zu sagen. Das hebt sie über den Rahmen des Neben-sächlichen und Zufälligen hinaus. Dr. K.

Bubenferien am baltischen Meer. Meine Jugendzeit in baltischen und russischen Ländern. Von Leopold Weber. K. Thiememann Verlag, Stuttgart 1938. 63 Seiten. Preis Halbleinen 1,20 RM. — Der Verfasser ist einer der Peterburger Deutschen gewesen, deren Vorfahren im 18. und 19. Jahrhundert in das Zarenreich eingewandert sind und es dort vermöge ihrer Tüchtigkeit und ihres Fleißes zu beachtlichem Wohlstand gebracht haben. Webers Jugenderinnerungen gehören einen Einblick in das häusliche und gesellschaftliche Leben dieser Deutschen. Er weiß lebhaft und liebenswürdig zu erzählen. Dr. K.

Die tschechische Gefahr. Von Paul Sieberg. J. F. Lehmanns Verlag, München 1938. 218 Seiten. Preis gebunden 3,80 RM., Leinen 4,80 RM. — Der Titel der Schrift mag heute überholt erscheinen, der Inhalt ist es, wenn man ihn historisch betrachtet, nicht. Das trifft um so mehr zu, als der Verfasser, der ein gründlicher Kenner der tschechischen Frage ist, seine Darstellung darauf abgestellt hat, die Hintergründe und Ursprünge einer Frage klarzulegen, die gelöst werden mußte und inzwischen ja auch gelöst worden ist. Sieberg greift das Thema gründlich an. Er hat nicht die Absicht, eine lückenlose Darstellung der geschichtlichen Entwicklung zu geben, sondern er holt aus dem Zusammenhang die wesentlichen und interessanten Punkte heraus. So setzt er sich mit der tschechischen Behauptung vom „arlawischen“ Charakter der Sudetenländer und vom Kolonialismus der Sudetendeutschen in scharfer Beweisführung auseinander. So setzt er den tschechischen Kampf gegen Oesterreich einer neuen Beleuchtung aus, indem er die Zusammenhänge zwischen den tschechischen Revolutionären und den jüdischen Logen aufstellt. Auch über die Tätigkeit der tschechischen Propagandisten während des Weltkrieges weiß er viel bisher wenig Behandeltens zu sagen. Das reiche Material, das Sieberg verarbeitet hat, macht seine Arbeit zu einem sehr beachtlichen Beitrag zur tschechischen Frage. Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Rankenstraße 2-3. — Hauptvertriebsstelle: Dr. Otto Seidel, Berlin-Hilfenschan, Altstraße 2. — Druck: Volkswirtschafts-Verlag GmbH, Berlin-Hilfenschan, Wolfstraße 7. — Bezugsvermittler für England: Kurt Geupl, Bilsdamm 5, Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Halbjährlich 12 Hefen, jährlich 24 Hefen. Einzelnummer RM. 0,20 und 3 RM. 0,25 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Band Deutscher Osten, Berlin W 30, Rostk. 46 (Postamt 350914) zu richten.